Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche vom 27. Jan. bis 2. Febr. 55 Gpfg.
Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 23. | Montag, 28. Januar 1924. | 31. Jahrgang.

Kommunale Mißwirtschaft.

Die Sünden der Wirtschaftsgemeinschaft 1924. / Die neue Steuerungerechtigkeit gegen Handwerk und Gewerbe. / Wie sozialdemokratische Mehrheiten arbeiten: Berlin und Wien.

Dr. L. Lübeck, 28. Januar.

Die ersten Wahlaufrufe der bürgerlichen Parteien — Wahlring und Wirtschaftsgemeinschaft genannt — liegen vor! Was fordern, was versprechen sie?

Sie fordern **„Ausschaltung der Parteipolitik aus dem Parlamente“** und sie versprechen **„Kommunalpolitik nach wirtschaftlichem Gesichtspunkte.“**

Man weiß nicht recht, ob diese Aufrufe auf schwulstigster Heuchelei ihre Grundlage haben, oder ob sie von politischen Kindern für politische Säuglinge geschrieben sind.

Jeder, der die Politik dieser „Wahlringparteien“ kennt, das große Glück sie aus allernächste Nähe miterleben zu dürfen auskosten mußte, der wird darüber in ein schallendes Gelächter ausbrechen.

Mögen die Tatsachen sprechen, erklären, beweisen! Das Reich liegt im Abgrund des finanziellen und wirtschaftlichen Ruins; daneben liegen die Länder und nicht weit davon die Gemeinden.

Der Weg in diesen Schlund trostloser Zerrüttung ist wie buntes Mosaik in alten Moscheen eingefaßt mit wunderschönen Redensarten von „wirtschaftlichen Gesichtspunkten“, „Arbeit am Allgemeinwohl“ und der „Staat über alles“; und gepflastert mit dem schrittweisen Verrat des Staatsinteresses, mit kurzsichtigster Geldschrankpolitik und mit ängstlicher Rücksichtnahme auf die gute Laune der kapitalkräftigen Hintermänner — **durch alle kapitalistischen Parteien:** mögen sie sich **Wirtschaftsgemeinschaft** nennen oder **Wahlring**, wie in **Lübeck**, oder mögen sie Bürgerblock heißen wie in **Berlin**.

*

Die sozialdemokratische Partei in Lübeck gibt sich seit zwei Jahren die erdenklichste Mühe, für die Notwendigkeiten des Staates eine feste parlamentarische Mehrheit zu schaffen. Da die Kommunisten für jede ernsthafte Mitarbeit in Staat und Stadt absolut ausscheiden, so hing diese parlamentarische Mehrheit von dem guten Willen der bürgerlichen Mittelparteien ab, oder genauer gesagt — von ihrer Fähigkeit, **dem Allgemeinwohl ihre kurzbeinigen Klüngelinteressen und ihre Wählerangst unterzuordnen.**

Haben sie bei irgend einer Gelegenheit diese Fähigkeit aufgebracht? Nein!

Wir erinnern an die Politik des Bürgertums in der Gewerbesteuerfrage. Ein beständiges Hopsen von einem Bein aufs andere. Getreu der Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien im Reichstag.

Damals schrieb der „Volksbote“: Wir werden die Herren vom Bürgertum einst erinnern! Die ganzen herrlichen Gewinne sind Scheingewinne. Wie Rauch werden sie einst zerflattert sein, wenn Währung und Reichsfinanzen zerfallen und verfault sind. Und dann werden Reich und Länder in höchster Not, gerade zu einer Zeit schlechtester Wirtschaftslage mit Steuern herauskommen, die wie unerträgliches Alpdrücken auf die deutsche Wirtschaft heruntersinken werden.

Man hat uns darob „Hetzer“ genannt. Und man hat weiterhin eine Finanzpolitik grauenhaftester Steuerhinterziehung auf gesetzlicher Grundlage getrieben. **Keine einzige bürgerliche Partei** hat dieses leichtfertige Spiel mit Staat und Wirtschaft in sich selbst überwunden. **Keine einzige Partei des Wahlrings** hat sich zu einer konsequenten Finanzpolitik aufschwingen können.

Bitte, die eitlen „Politiker“ aus der „Wirtschaftsgemeinschaft“, besehen Sie sich den Erfolg!

Aber auch Sie, meine Herren vom Kleingewerbe, vom kleinen Handel, Handwerker, Gewerbetreibende aller Art, Kleinhändler, besehen auch Sie den Erfolg.

Was haben Sie heute davon, daß man Ihnen in den letzten zwei Jahren beinahe alle Steuern schenkte? Nicht um Ihnen einen Vorwurf zu machen, stellen wir das heute fest. Kein Mensch hat die Pflicht, mehr Steuern zu zahlen als der Staat von ihm fordert.

Nur Ihr Nachdenken wollen wir anregen. Haben Sie heute den geringsten Vorteil dieser irrsinnig leichtfertigen Steuerpolitik, die bei jeder Gelegenheit die Interessen des kleinen Mittelstandes im Mund führte?

Mit dem allgemeinen Zusammenbruch ist gerade das kleine Kapital des Mittelstandes verdunstet; ist abgeflossen in die dickbäuchigen Tresors der Syndikate, der Trusts und der großen Banken.

Und jetzt, wo der gewerbetreibende Mittelstand nichts mehr hat, rächt sich die Ungerechtigkeit. Jetzt schlägt die Ungerechtigkeit in ihr Gegenteil um. Jetzt wird sie eine Ungerechtigkeit gegen die früher Beschenkten. **Jetzt werden Steuerlasten aufgelegt, die unerträglich sind.** Jetzt — wo das Geschäft still steht; jetzt — wo Hunderte von Handwerkern zum Stempeln pilgern, wie Tausende von Arbeitern.

Einige Zahlen aus dem irrsinnigen Hexenkessel der deutschen Steuerpolitik des letzten Jahres seien angeführt.

Ein kleiner Gewerbetreibender sollte — nach dem alten System — eine Einkommensteuervorauszahlung für das erste Vierteljahr 1924 leisten von 5.65 Mark. Diese Zahl war aufgebaut auf die Monate mit gutem Geschäftsgang. Zweifellos war sie viel zu niedrig. Dann kam der Zusammenbruch der Wirtschaft. Das Geschäft stockte und gleichzeitig wurde die Notenpresse kraftlos. Jetzt mußte das Reich Geld haben und jetzt packte man Steuern auf, die ebenso sinnlos hoch sind, wie sie vorher sinnlos niedrig waren. Der gleiche kleine Gewerbetreibende, dem man bei gutem Geschäftsgang 5.65 Mark zugemutet hatte, der soll jetzt für das Vierteljahr 150 Mark bezahlen. Soviel verdient er im ganzen Vierteljahr kaum. Woher soll er es bezahlen?

Ein uns bekannter Handwerker hatte zunächst einen Steuerzettel über 79 Mark. Jetzt soll er 460 Mark bezahlen. Ein kleines Geschäft sollte zuerst 25 Mark bezahlen, jetzt das Zehnfache. So könnten wir Dutzende von Beispielen anführen.

Dabei kann das Handwerk sich auf weitere Steuerzettel gefaßt machen. In den nächsten Tagen wird noch die Gewerbesteuer aufgepackt werden. Wer soll das alles bezahlen?

Ein kleiner Handwerker bekam im November einen Gewerbesteuerzettel über 50 Milliarden, mit dem Vermerk: Betrag wird nicht erhoben. In der nächsten Woche soll er nun eine Gewerbesteuer bezahlen, für die er — bei dem schlechten Geschäftsgang — vier Wochen arbeiten muß.

Ist das nicht eine geradezu irrsinnige Steuerpolitik? Kann ein kleiner Gewerbetreibender behaupten, daß diese herrliche Finanzpolitik in seinem Interesse gelegen habe? Haben Sie den Mut zur Wahrheit, meine Herren! Und vor allem **den Mut zum Nachdenken.**

*

In Berlin hat sich vergangene Woche etwas sehr Bezeichnendes abgespielt. Die Stadtverwaltung mußte den Etat ausbalanzieren. Der volksparteiliche Stadtkämmerer beantragte deshalb 100 Prozent Zuschlag zur Gewerbesteuer. Die Sozialdemokratie war bereit, diese bittere Pille im Interesse der Gesundung des Gemeinwesens zu schlucken. Die bürgerlichen Mittelparteien wollten dasselbe tun, fielen aber kurz vor der Abstimmung aus Angst vor der Wahlkonkurrenz der Deutschnationalen und der „Wirtschaftspartei“ um.

Mit bitteren Worten geißelte der Stadtkämmerer — der Volksparteiler Dr. Karding — diese Politik. **Angesichts eines solchen kurzsichtigen Egoismus** — so führte er aus — sei es für einen verantwortlichen Finanzmann beinahe unmöglich, die Geschäfte zu führen. Dabei müssen die Finanzen der Reichshauptstadt im Sumpf der Gegenwart stecken bleiben. Derselbe Karding hat vor einigen Tagen auf eine andere Stadt hingewiesen, wo nicht Eigeninteresse, sondern die Rücksicht auf das Allgemeinwohl regiere:

Wien.

Dort habe eine sichere und geschlossene sozialdemokratische Mehrheit, die Stadtwirtschaft nicht nur von dem Zusammenbruch gerettet, sondern durch energische Steuer- und Kommunalpolitik dem allgemeinen Wirtschaftsleben mächtige Impulse gegeben. So daß Handel, Industrie und Handwerk blühen.

In Berlin eine bürgerliche Mehrheit, absolutes Versagen, wirtschaftlicher Niedergang. In Wien eine sozialdemokratische Mehrheit, Arbeit für das Gemeinwohl, wirtschaftliches Aufblühen. Arbeit und Verdienstmöglichkeit für alle!

Wo das Bürgertum regiert — leider hat sich auch der Lübecker Senat in seiner Finanzpolitik von den bürgerlichen Fehlern nicht freimachen können — da herrschen Fraktionskonkurrenz, Kuhhandel, Klikeninteresse, Kirchturmshorizont von Geldschank zu Geldschrank. Das Ganze nennt sich dann Kommunalpolitik nach wirtschaftlichem Interesse. Sehr richtig! Wirtschaftliche Interessen, aber die eigenen. Und der Erfolg dieser Politik?

Liegt er nicht klar zu Tage? Das Gerede von der „Wirtschaftsgemeinschaft“ und dem Staatswohl ist Schwindel! Nichts als plumper Schwindel!

Wann wird auch das Kleinbürgertum durch Schaden klug werden?

Lenin.

Rußland hat einen großen Staatsmann verloren. Die breiten Schichten der russischen Bevölkerung, die Bauern vielleicht mehr noch als die Arbeiter, haben mit Lenin viel mehr verloren, als nur einen großen Staatsmann. Lenin war ihnen mehr. Er war ihnen die Verkörperung der Gerechtigkeit, die in der Welt der Wirklichkeit nicht zu finden ist, ein Symbol, das sie mit gläubiger, fast religiöser Inbrunst verehrten. Für den einfachen Russen war Lenin einer jener Volksheiligen — vielleicht der größte von ihnen — zu denen er aus der tiefen Not und der fatalistischen Ergebung der russischen Seele heraus voll gläubigen Vertrauens emporblickt. Man muß Dostojewski lesen, wenn man die Bedeutung Lenins für das russische Volk verstehen will.

Die Verehrung des Volkes allein, die ihn getragen hat bis zum letzten Tage, erklärt nicht seine Größe. Denn er besaß, wonach so mancher strebt, gepeitscht von glühendem Ehrgeiz, ohne es jemals zu erreichen — geschichtliche Größe. Geschichtliche Objektivität erfordert diese Feststellung. Er war nicht nur einer der prominenten Zeitgenossen, dessen Namen in aller Munde sind. Er war einer der großen Männer der Geschichte. Man mag darüber philosophieren, wieviel Verdienst dabei der hebenden und tragenden Welle des Schicksals zukommt, wieviel den persönlichen Eigenschaften — die geschichtliche Gestalt Lenins läßt eines klar erkennen: die Grundlage seiner Größe war die Geschlossenheit und Eigenart seines Wesens. Wir können die Eigenart dieses Wesens nicht auflösen. Das würde erfordern, tief einzudringen bis zu den letzten Grundlagen der Seele des echten Russen. Aber die Geschlossenheit und Eigenart dieses Wesens wirkte nach außen. Ein jeder, der Lenin persönlich gegenüber getreten ist, hat das empfunden. Seinen Freunden gab er das Gefühl grenzenlosen, fast hingebenden Vertrauens und die freiwillige Unterordnung unter den Größeren. Seinen Gegnern das Gefühl der unwillkürlichen Achtung. Das war nicht die unvermeidliche Folge seiner politischen Autorität als Gebieter der Geschicke des russischen Weltreiches. Dieser Mann war ein Felsblock. Der Wille und die Kraft und die Harmonie, die von ihm ausstrahlte, zwang die Menschen in seinen Bann. Das war die Voraussetzung seiner Autorität und seiner Größe.

Es mag für den Parteimann in Deutschland schwer sein, die geschichtliche Gestalt Lenins unter solchen Gesichtspunkten zu sehen. Im deutschen Parteikampf ist Lenin auch zu einem Symbol geworden. Der Politiker in Deutschland — gleichviel, ob er bürgerlich, ob er Sozialist, ob er Kommunist ist — sieht Lenin nur unter dem Gesichtspunkt des Kampfes für oder wider den Kommunismus. Größe geben sie ihm alle. Der eine die unheilvolle und blutige Größe eines Tamerlan und eines Nero, der andere die Größe des gehaßten großen Feindes, der die Verkörperung eines anderen Prinzips ist, der dritte die Größe des großen Parteimannes. Sie werden ihm alle nicht gerecht. Um ihm gerecht zu werden, muß man seine Gestalt nach anderen als deutschen Maßstäben beurteilen, vor allem nach anderen Maßstäben als denen des deutschen Parteienkampfes. Das gilt für ihn wie für sein Werk. Vom Standpunkte Rußlands aus, des zaristischen Rußlands und des werdenden neuen Rußlands aus muß er beurteilt werden. Wer kann in Deutschland heute unter solchem Gesichtspunkte mit Autorität abschließend über ihn urteilen? Rußland und seine Bedingungen, die Psychologie des russischen Volkes vor allem sind uns in Deutschland mehr fremd, als wir gewöhnlich zuzugeben geneigt sind.

Indem aber der große Wille Lenins sein Werk über die Grenzen Rußlands hinaustragen wollte, begründete er sein geschichtliches Unrecht. So wenig die Formeln und Lehrsätze, die wir aus deutschen Verhältnissen und deutschem Parteikampf gewinnen, starr anwendbar sind auf russische Verhältnisse, so wenig sind die Formeln und Lehrsätze des Leninismus anwendbar auf Deutschland. Die Psychologie der deutschen Bevölkerung ist nicht die Psychologie der russischen, die geschichtlichen Voraussetzungen sind in Deutschland andere als in Rußland. Deutsche Wirtschaft ist anders als russische, deutscher Raum anders als russischer Raum. Wir schreiten in Deutschland auf anderen politischen Wegen voran, als in Rußland. Darum enthalten wir uns des Urteils über die Zukunft des Leninismus in Rußland. Aber sicher wissen wir: der Leninismus hat in Deutschland keine Zukunft.

Das, was in Rußland kühnes und großes Experiment war, der Versuch, auf wenigen Linien durch den Willen allein das Schicksal der im dunkeln wirkenden soziologischen Kräfte zu bezwingen, müßte in Deutschland zu niederer Tragikomödie werden. Indem wir diese Abgrenzung gegenüber dem Leninismus ziehen, tun wir der Bedeutung Lenins keinen Abbruch. Unser Urteil über ihn ist aus der Sphäre des politischen Kampfes in Deutschland herausgehoben. Eben diese Objektivität, diese Erkenntnis des Unterschiedes der geschichtlichen Bedingungen in Deutschland und Rußland gibt uns die Freiheit, die Größe Lenins unbefangen zu beurteilen. Sie gibt uns aber auch das Recht, dagegen mit Entschiedenheit Einspruch zu erheben, wenn die Gestalt Lenins zu einem Parteigötzen für eine deutsche Partei gebraucht werden soll. Und wenn gar der Tod Lenins benutzt wird, um in Deutschland neue Anlässe herbeizuführen, die zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Polizei führen, so offenbart das ein Maß von niedriger Gesinnung, von dem man sich mit Verachtung abwendet.

Lenin ist kein Symbol für den Kampf der deutschen Arbeiterschaft. Das russische Volk hat ihn ergreifend und erschütternd empfunden als Symbol seines religiösen Glaubens an Erlösung und Gerechtigkeit. Wer die tiefe psychologische Verschiedenheit

Ludendorffs Schuld!

Die wahren Handlanger Poincares.

Der jetzt veröffentlichte Wortlaut des französisch-tschechischen Vertrages bestätigt, daß es sich in erster Linie um ein Sicherheitsbündnis handelt, das hervorgerufen worden ist durch die **monarchistische Propaganda in Deutschland** und den Ende des vergangenen Jahres drohenden Umsturz. Herr Ludendorff darf den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, dank seines Novemberputsches, überhaupt seiner unheilvollen Tätigkeit in den letzten Jahren als **einer der intellektuellen Urheber des Bündnisses** zu gelten.

Im Punkt 5 des Vertrages verpflichten sich Frankreich und die Tschechoslowakei, im Falle einer **Einsetzung der Hohenzollern-Dynastie** in Deutschland über die notwendigen Vorkehrungen zur Wiederherstellung der alten Verhältnisse eine Verständigung zu suchen. Das bedeutet eine **Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Deutschen Reiches**, die wir uns als Sozialdemokraten schon deshalb entschieden verbitten müssen, weil Herr Poincare selbst mit Unterstützung unserer Westarps und Ludendorffs jene geistige Verfassung in Deutschland hervorgerufen hat, die er jetzt fürchtet und deren Auswirkung er glaubte nur durch einen Bündnisvertrag mit der Tschechoslowakei verhindern zu können.

zwischen der russischen und der deutschen Bevölkerung übersieht, wer glaubt, Lenin zum Symbol der Hoffnungen deutscher Arbeiter machen zu können, dem wird nur gelingen, ihn zum Symbol eines engen, dogmatischen Parteigeistes zu machen. Uns will das als eine Erniedrigung der geschichtlichen Gestalt Lenins erscheinen.

Dr. Schacht erstattet Bericht.

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist am Freitag abend von Paris zurückgekehrt. Am Sonnabend erstattete er dem Reichskabinett in Gegenwart des preußischen Ministerpräsidenten Braun Bericht über seine Pariser Eindrücke und den Verlauf seiner Verhandlungen mit den Sachverständigen-Ausschüssen. Im Verlauf der Berichterstattung teilte Dr. Schacht u. a. mit, daß er auch von Millerand, dem französischen Staatspräsidenten, zu einer Unterredung gebeten wurde und die Besprechung mit Poincare auf dessen ausdrücklichen Wunsch erfolgte.

Klassenkampf.

Die Wirtschaftskrise im Westen hat zwei Erscheinungen gezeitigt, die für den entschiedenen und bewußten Klassenkampf des Bürgertums bezeichnend sind. Die eine ist der allgemeine Sturmlauf der Schwerindustrie gegen die Tarifpolitik der Eisenbahnverwaltung. Die Schwerindustrie führt kurzerhand die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Höhe der Frachtsätze zurück. Sie verlangt Ermäßigung der Frachtsätze, also Begünstigung auf Kosten der Allgemeinheit, die das Eisenbahndefizit zu tragen hat.

Die Fertigindustrie wieder führt ihre Schwierigkeiten auf die Preispolitik des Roheisenverbandes zurück. Der Roheisenverband hält seine Preise auf einer ungerechtfertigten Höhe. Die Fertigindustrie, die in der Inflationsperiode in die stärkste Abhängigkeit von der Schwerindustrie geraten ist, fürchtet, daß durch die Preispolitik des Roheisenverbandes ihr eine Wiedererstarkung und die Wiedergewinnung einer selbständigen Stellung unmöglich gemacht werden soll. Sie wendet sich mit Entschiedenheit gegen diese Preispolitik. Klassenkampf im Bürgertum!

Ein Justizskandal.

Zum Verfahren gegen den Genossen Herrmann.

SPD. Die Verteidiger des inzwischen aus der Haft entlassenen thüringischen Innenminister Herrmann übermitteln uns über den Tatbestand folgende Erklärung:

„Am 2. Januar 1924 ist der Innenminister Thüringens, Karl Herrmann in Weimar, als er von Eisenach ins Ministerium zurückkehrte, am Bahnhof vorläufig festgenommen worden. Er wurde zunächst durch zwei Kriminalbeamte (Minister Herrmann wäre freiwillig alsbald jeder Ladung gefolgt) dem Staatsanwalt vorgeführt, der ihn, zum Teil in Gegenwart des Heeresanwalts, — der sich an der Vernehmung des Ministers beteiligte — zunächst vernahm. Gegenstand der Beschuldigung waren mehrere Fälle, in denen sich der Minister der Fälschung von Amtsurkunden schuldig gemacht haben soll, indem er Anstellungsbeschlüsse mit einem früheren Datum versehen haben soll als dem Tage, an dem er die Unterschrift unter den Anstellungsbeschluß in den Akten gab. Die Anstellungsurkunden sind sodann in Reinschrift mit dem Datum hinausgegeben worden, unter dem der Anstellungsbeschluß in den Personalakten des betreffenden Beamten vom Minister gezeichnet war.

Die Fälle, in denen so verfahren wurde, werden als Urkundenfälschung, begangen im Amt, ausgelegt, dazu noch als zum Vorteil des betreffenden Beamten (Verbrechen gegen §§ 348, 349 St.-G.-B.). — Auch Aktenbeseitigung wird dem Minister Herrmann zum Vorwurf gemacht, indem er Beschwerdeschriften über einen Beamten nicht zu dessen Personalakten, sondern beiseite gebracht haben soll.

Minister Herrmann hat von vornherein erklärt, daß er niemals eine falsche Beurkundung vorgenommen habe, geschweige denn absichtlich zum Vorteil eines Dritten, oder Akten, in der Absicht, sie abhanden zu bringen, beseitigt habe; er erklärt, daß er sich weder einer parlamentarischen oder strafrechtlichen Verantwortung entziehen wird. Er hat die Ernennungen seiner zuständigen Beamten in üblicher Weise ausgesprochen und die schriftliche, aktenmäßige Niederlegung dieser ministeriellen Verfügung durch den zuständigen Ministerialbeamten ist niemals früher datiert worden, als die Anweisung zur schriftlichen Fixierung vom Minister mündlich seinem Beamten gegeben war.

Die angeblich beiseite geschafften Beschwerdeschriften über einen Beamten der Landespolizei hat der Minister aus wohlerwogenen Gründen in ausdrücklicher Uebereinstimmung mit den diesbezüglichen Sachreferenten und auf dessen Vorschlag nicht zum Bestandteil der Personalakten des Beamten gemacht, sondern gesondert verwahrt.

Auf Grund dieser Beschuldigungen wurde Minister Herrmann verhaftet und in Untersuchungshaft wegen Verdunkelungsgefahr und Fluchtverdachts (!) genommen. Die Verteidigung hat den Standpunkt stets vertreten, daß diese beiden Gründe der Verhaftung bei Minister Herrmann nicht gerechtfertigt sind, genau so wie sie überzeugt ist, daß eine strafbare Handlung des Ministers Herrmann nicht vorliegt. Der bisherige Gang der Untersuchung hat die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der Haft ergeben und der weitere Fortgang des Verfahrens dürfte zu keinem anderen Ergebnis führen als zu der Hinfälligkeit der gegen Minister Herrmann erhobenen Beschuldigungen."

Die Mordgesellen.

Eine WTB.-Meldung über den Mordanschlag auf General Seeckt stellt fest, daß Justizrat Claß von dem Untersuchungsrichter vernommen wurde auf Grund einer sehr detaillierten, vor dem Untersuchungsrichter gemachten Aussage des verhafteten Dr. Grandel aus Augsburg. Grandel bezichtigte Justizrat Claß der Anstiftung zur Ermordung des Generals v. Seeckt und der Beteiligung an einem an diese Tat geknüpften Umsturzplan.

Wie kommt es dann, daß die Behörde auf die Verhaftung des Justizrats Claß verzichtete?

Eine übel angebrachte Drohung.

SPD. Das Vorgehen des Eisenbahnministers Oeser bei der Neuregelung der Arbeitszeit auf der Reichsbahn hat innerhalb der Arbeiter- und Beamtenschaft eine starke Erregung hervorgerufen. Der Vorstand des freigewerkschaftlichen Deutschen Eisenbahnerverbandes hat wiederholt auch dem Reichsverkehrsminister gegenüber die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß mit der diktierten Arbeitszeitregelung eine wirtschaftliche Betriebsführung nicht möglich ist. Darüber hinaus beschäftigte er sich mit der Frage, wie die Maßnahmen des Verkehrsministers im Interesse des Landes und der Arbeiter bezw. Angestellten und Beamten abgewehrt werden können. Diese Erwägungen führten zu dem Beschluß, unter er mehrere hunderttausend Personen zählenden Mitgliedschaft eine Urabstimmung darüber stattfinden zu lassen, ob die Arbeitszeitregelung des Ministers Oesers mit einem Streik beantwortet werden soll.

Noch bevor die Abstimmung zu Ende geführt ist, läßt der Reichsverkehrsminister mitteilen, daß seine Stellung zu einem Streik nicht zweifelhaft sein dürfte. Vielleicht schaltet er sich im Eventualfall ebenfalls aus und überläßt den Herren des Ausnahmezustandes auch noch das Regiment über die Eisenbahnen. Jedenfalls hat er der Sache mit seiner frühzeitigen Drohung einen schlechten Dienst erwiesen.

Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Bei der Aussprache im preußischen Landtag über den sozialdemokratischen Urantrag zur Behebung der großen Not der Erwerbslosen durch Belebung der Wirtschaft, insbesondere durch planmäßige Erstellung von Kleinwohnungen für die wohnungslose Bevölkerung teilte Wohlfahrtsminister Hirtsiefer am Sonnabend mit, daß in der dritten Woche des Januar die Zahl der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter im unbesetzten Gebiet um 20 000 bezw. 46 000, im besetzten Gebiet um 60 000 bezw. 25 000 zurückgegangen sei. Es sei gelungen, für Talsperren, Kultivierung von Oedländereien und dergl. in großem Umfange Privatkapital und damit Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. Preußen sei im Verein mit den übrigen Ländern um Erhöhung der als zu niedrig erkannten Erwerbslosenrente bemüht. Der mißbräuchlichen Benutzung der Erwerbslosenfürsorge durch Gemeinden und Unternehmer, die sich durch die Heranziehung der billigen Erwerbslosen Sondervorteile zu verschaffen suchen, müsse ein Riegel vorgeschoben werden. Zur Arbeitsbeschaffung sei der Wohnungsbau in Gang zu bringen.

Ramsay Macdonald über seine Politik.

SPD. Paris, 27. Januar. (Eig. Drahtb.)

Ramsay Macdonald hat dem politischen Direktor des „Quotidien" ein Interview gewährt, das manche bisher unbekannte Aufschlüsse über die nächsten Absichten der neuen englischen Regierung auf politischem Gebiete gibt. Auf die Frage des französischen Journalisten nach der Animosität gegen Frankreich antwortete Macdonald, daß man in England der französischen Ruhrpolitik die Hauptschuld für die europäische Krise beimesse. Nicht allein England, sondern ganz Europa leide darunter. Dazu komme, daß die moralische und finanzielle Ermutigung, die Frankreich der Rüstungspolitik gewisser kleiner Staaten angedeihen lasse, die Gefahr neuer Kriege außerordentlich verschärfe. Diese Haltung Frankreichs erwecke den Verdacht der ganzen Welt und lasse weiteste Kreise in England an die Notwendigkeit von Abwehrmaßnahmen glauben.

Die Frage, was er von den Arbeiten der beiden Sachverständigenkomitees halte, ob er glaube, daß sie zu einer Lösung der Reparationsfrage beitragen könnten, beantwortete Macdonald dahin, daß das nach seiner Auffassung innerhalb des engen Rahmens, der den Kompetenzen der Sachverständigen gezogen sei, unmöglich sei. Wenn die Sachverständigen eine Erweiterung dieser Grenzen verlangen sollten, so würde die englische Regierung einen solchen Schritt nach Kräften unterstützen.

Auf die Frage, ob es zutreffe, daß die englische Regierung für den Fall, daß Frankreich sich einer solchen Ausdehnung der Kompetenzen der Sachverständigenkomitees widersetze, eine internationale Konferenz vorschlagen werde, antwortete Macdonald ausweichend.

Zu dem Thema der französischen Sicherheit erklärte der englische Premier, daß die gewaltigsten Rüstungen niemals ausreichen würden, Frankreich vor den Gefahren zu schützen und deshalb wünsche er, daß es aufhöre, ausschließlich auf seine militärische Macht zu bauen und begreife, daß es innerhalb des Völkerbundes einen weit größeren Schutz haben würde.

Auf die Frage, ob England bereit sei, auf seine Forderungen an Frankreich zu verzichten, falls es seine Reparationsansprüche gegen Deutschland auf ein vernünftiges Maß beschränke, antwortete Macdonald, daß er hierüber keine Erklärungen abgeben wollte, die ihm für spätere Verhandlungen mit der französischen Regierung die Hände binden könnten.

In seinen weiteren Ausführungen gab er seinem unbedingten Vertrauen in die Zukunft des Völkerbundes Ausdruck. Dieser mache schon jetzt das verdammenswerte System rivalisierender Bündnisse überflüssig, die dazu bestimmt seien, das europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, in Wirklichkeit aber nur dazu dienten, den Gegensatz zu verschärfen und neue Kriege zu entfesseln. Die Völker Europas müßten endlich den Mut haben, die Vorurteile und Methoden der Diplomatie zu überwinden. Wenn die Nationen sich zu allgemeiner Abrüstung entschließen könnten, dann wäre zum ersten Mal in der Geschichte der Frieden und die Sicherheit jedes einzelnen Landes auf solider Grundlage fundiert.

Poincare wird unruhig.

SPD. Paris, 27. Januar. (Eig. Drahtber.)

Der belgische Außenminister Jaspar ist am Sonntag völlig überraschend zu einer Aussprache mit Poincare in Paris eingetroffen. Die Aussprache begann um 3 Uhr im Ministerium des Auswärtigen. Der Presse wurde jede Auskunft über die Gründe, die Herrn Jaspar unvermutet nach Paris geführt haben, und über den Gegenstand der Unterhaltungen zwischen den beiden Staatsmännern verweigert. In politischen Kreisen kursieren deshalb verschiedene Versionen über die Ursache der Aussprache. Die meiste Wahrscheinlichkeit dürfte die Darstellung für sich haben, daß die Aussprache im engsten Zusammenhang mit den Arbeiten der beiden Sachverständigenkomitees steht. Man schreibt im Zusammenhang mit der Reise des Vorsitzenden des zweiten Sachverständigenkomitees Mac Kenna nach London dem neuen englischen Premierminister die Absicht einer Initiative zugunsten einer Ausdehnung der bisher stark beschränkten Kompetenzen der Sachverständigen zu und erwartet darüber hinaus die Einberufung einer internationalen Konferenz durch Macdonald. Diese Tatsachen, insbesondere aber das Gefühl, daß die neue englische Regierung in der Reparationsfrage eine mehr als auffällige, aber geschickte Aktivität zu verfolgen beabsichtigt, dürfte in erster Linie das Bedürfnis nach einer Aussprache zwischen Poincare und Jaspar hervorgerufen haben.

Kleine politische Nachrichten.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei wählte an Stelle ihres bisherigen Vorsitzenden, des zum Ersten Bürgermeister von Hamburg gewählten Senators Petersen, den Abgeordneten Koch-Weser zum Vorsitzenden, den Abgeordneten Erkelenz zum zweiten, den Abgeordneten Dr. Haas-Karlsruhe zum dritten Vorsitzenden.

Der Putsch in Bergedorf. Die Außerordentliche Strafkammer in Hamburg, die gegen 84 Angeklagte, die an dem Kommunistenputsch in Bergedorf und Sande am 23. und 24. Oktober vorigen Jahres teilgenommen hatten, verhandeln sollte, hat sich für unzuständig erklärt und die Angelegenheit an den Staatsgerichtshof verwiesen.

Die lettländische Regierungskrise ist durch Bildung eines Kabinetts Samuel beendet worden. Samuel (demokr. Zentr.) ist Premierminister. Das Kabinett ist ein Geschäftsministerium; über eine parlamentarische Mehrheit verfügt es nicht.

Amnestie in Griechenland. Die Regierung Venizelos wird, ungeachtet der radikalen Strömung bei den Republikanern, ein Dekret erlassen, in dem die von den Kriegsgerichten verhängten schweren Strafen gegen die Urheber des Oktober-Putsches bedeutend herabgemildert werden. Die über die Generale Gargalides und Leonardopoulus verhängten Todesstrafen werden in fünf Jahre Gefängnis umgewandelt.

Wirtschaftspolitische Wochenschau.

Die gegenwärtige Krise scheint die Gliederung unserer Wirtschaft entscheidend umändern zu wollen, indem sie in den letzten Wochen eine durchaus unerwartete Bewegung einleitete. In vielen Industrien ist wider alles Erwarten die **Tendenz zu neuen Zusammenschlüssen** festzustellen. So haben die Verhandlungen in der Oberschlesischen Zementindustrie zur Bildung einer neuen Interessengemeinschaft geführt. Auch in der Eisenindustrie bereitet sich eine neue Riesenfusion vertikalen Charakters vor. Es handelt sich um das Projekt einer Interessengemeinschaft zwischen Gießereien und Maschinenfabriken in der Art, daß die Gießerei den Maschinenfabriken das Material liefert, während die Maschinenfabriken den entsprechenden Gegenwert an Maschinen einer neuzugründenden oder zu übernehmen Handelsgesellschaft abgeben. Diese neuen Zusammenschlüsse widersprechen allen Erfahrungen, die sich aus dem Verlauf früherer Depressionen in der Wirtschaft ergeben haben. Krisen wirken gemeinhin destruktiv, während eigentlich nur die Hochkonjunktur Zusammenschlüsse besonders in Preiskartellen ermöglicht. Gewöhnlich führt diese Bewegung zur Ueberspannung, sodaß zu Zeiten der Geschäftsstille die Sorge um den Absatz explosiv in den Vordergrund tritt und die in günstiger Zeit zusammengeschweißten Unternehmervereinigungen sprengt. So hat man auch ganz allgemein bei Beginn der gegenwärtigen Krise mit einer Lockerung der deutschen Wirtschaftsorganisationen gerechnet. Das Wirtschaftsministerium hat leider diese Auffassung zum Ausgangspunkt des Kartellgesetzes gemacht. Die Annahme hat sich bis jetzt als durchaus irrig erwiesen. Sehr wahrscheinlich geht die Gegenwirkung gegen die destruktiven Begleiterscheinungen der Krise vom Kapitalmangel aus, der sich für die deutsche Wirtschaftsstruktur als neubildender Faktor erweist. Von besonderem Interesse sind in dieser Beziehung die Veräußerungen wichtiger Beteiligungen durch große westfälische Konzerne, die in den letzten Tagen getätigt worden und sicherlich noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

In diesem Zusammenhang wird besonders die Firma Stinnes genannt. Es wird bestimmt behauptet, daß durch sie große Verkäufe stattgefunden haben und Verhandlungen über weitere Veräußerungen usw. im Gange sind. Die Vorgänge vollziehen sich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, sodaß es sehr schwer ist, Einzelheiten über den Umfang der Bewegung mitzuteilen. Allem Anschein nach aber hat sie die Auswirkung, die Bedeutung der Fertigwarenindustrie gegenüber der Schwerindustrie mehr als bisher zu betonen. Daß diese Umstellung sogar zu der Etablierung einer selbständigen Interessenvertretung dieser Industrie und zu einer Sprengung des Stinnesschen Machtinstruments, **des Reichsverbandes der deutschen Industrie** mit seinen 1500 Verbänden, führen wird, ist sehr wahrscheinlich. Zum mindesten liegen Anhaltspunkte vor, die bestimmt darauf schließen lassen. Für die Aufnahme der abgestoßenen Beteiligung soll u. a. ausländisches Kapital in Frage kommen. Die Bewegung in den Harpener und Mannesmann-Aktien, die sich in der vergangenen Woche an der Berliner Börse vollzogen hat, bestätigt diese Auffassung. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß sich bereits ganz bestimmte Kommunikationen besonders zwischen der französisch-luxemburgischen und der rheinisch-westfälischen Industrie über den Weg des Aktienaufkaufes und des direkten Kaufes ergeben haben. Der Firma de Wendel ist es z. B. mit Hilfe ihres um gut 60 Millionen Francs erhöhten Aktienkapitals gelungen, zu ihrer alten Kohlenbasis bei Hamm wichtige Förderungen bei Lintfort (Mörs) zu erwerben. Im großen und ganzen führt der Kapitalmangel in Deutschland zu einem Vorgehen der Industrie, das sich in einer maßlosen Expropriation der kleinen Kapitalbesitzer äußert und das man ebenso mit den Worten Raub und Diebstahl am besten charakterisieren kann. Dadurch ist unsere Wirtschaft in die zweite große Umwälzung nach dem Zusammenbruch geraten. Die erste wurde durch die Inflation verursacht. Die zweite ist das Kind der Rückbildung, der Deflation.

Parallel mit diesen Strukturveränderungen unserer Wirtschaft gehen die großen Revolutionen in der europäischen Wirtschaft, die Warenkrise in England, die Agrarkrise im bolschewistischen Rußland, die kommerziellen Expansionsbestrebungen Frankreichs, die Flaute auf dem Weltschiffsfrachtenmarkt und die Erschütterungen der internationalen Wechselkurse. Gerade die chronische Schwankung der europäischen Währungen decken die eigentliche Krankheit des europäischen Wirtschaftskörpers auf. Nun ist diese europäische Krise sicher als Folge des verschleppten Reparationsproblems, vor allem des unerledigten Kriegsschuldenproblems, der untragbaren Verteilung des Weltzahlungsmittels, des Goldes, zu betrachten. Unserer Ansicht nach wird aber die politische Seite des Problems zu sehr betont, obwohl sich solange keine Lösung ergeben kann, bis nicht durch irgend welche Aktion die durch Krieg und Nachkrieg verschuldete Desorganisation der europäischen Wirtschaft beseitigt worden ist. Unter Einfluß der Auswirkungen der Ruhrokkupation zeigt man in allen Lagern endlich Neigung, das europäische Chaos von der wirtschaftlichen Seite her in Ordnung zu bringen. Eine kluge Politik hat die vornehme Aufgabe, die notwendige Operation zu ermöglichen. Soweit die Projekte über eine europäische Wirtschaftssanierung, die naturgemäß infolge des Geldbedürfnisses Frankreichs den Wert auf die finanzielle Seite der Angelegenheit legen, bekannt geworden sind, muß bemerkt werden, daß eine bloße wirtschaftliche Einigung mit Frankreich nur Etappe auf dem Weg zur Gesamtlösung, nie aber endgültige Lösung sein kann. Ein französisch-deutscher Industrieblock gegen England muß Europa in einen Wirtschaftskrieg stürzen, der die Völker Europas ärger schlagen wird als es die unerledigte Reparationsfrage bis jetzt getan hat. Die europäische Krise ist die Folge der Verletzung des Gemeinschaftsgedankens in der Weltwirtschaft. Sie kann nur beseitigt werden durch Wiederherstellung der alten Gemeinschaft, eben durch die Realisierung **der gut sozialistischen Idee einer Weltbedarfsdeckung**, die, auf Europa angewandt, ein Zusammenarbeiten der drei großen Wirtschaftsnationen, **Deutschland, Frankreich und England**, vorsieht.

Deutschlands Kohlenwirtschaft im Jahre 1923.

SPD. Nach einjähriger Pause trat am Freitag in Berlin der Reichskohlenrat zu einer Sitzung zusammen. Berghauptmann Bennholt, der Geschäftsführer des Reichskohlenrats, gab einen Ueberblick über die Lage der Kohlenwirtschaft im verflossenen Geschäftsjahr unter besonderer Betonung der Auswirkungen der Ruhrbesetzung. Er führte u. a. aus: Deutschland lieferte im Jahre 1913 (ohne das abgetretene Oberschlesien und das Saargebiet) 154,3 Millionen Tonnen Steinkohlen, im Jahre 1921 insgesamt 136 Millionen und im Jahre 1922 noch 130 Millionen Tonnen. Infolge der Besetzung ist die Förderungsziffer katastrophal zurückgegangen. Zuverlässige Zahlen über die deutsche Kohlengesamtförderung des verflossenen Jahres liegen nicht vor, jedoch wird die Gesamtförderung Deutschlands an Steinkohlen auf rund 55 Millionen Tonnen geschätzt, wovon 40 Millionen Tonnen auf die Ruhr entfallen. So standen der deutschen Wirtschaft noch nicht einmal die Hälfte der Steinkohlen der letzten Jahre zur Verfügung. Der Ausfall an Steinkohlen konnte auch nicht durch den Braunkohlenbergbau ausgeglichen werden. Auch hier, besonders im Kölner Gebiet, kam es zu Eingriffen durch die Besatzungsbehörde, durch die sich die Erzeugung automatisch einschränkte. So wird die Förderung an Braunkohlen im Jahre 1923 nur auf rund 124,8 Millionen Tonnen geschätzt. Rechnet man diese Mengen nach dem bekannten Verhältnis mit zwei Neuntel in Steinkohle um, so ergibt sich für das Jahr 1923 (einschl. der Steinkohlenförderung) die erschreckend geringe Menge von rund 82¾ Millionen Tonnen Kohle, die Deutschland im eigenen Lande gewonnen hat, gegen 158 Millionen Tonnen im Vorjahre und 174 Millionen Tonnen im Jahre 1913.

Der Ausfall an heimischen Brennstoffen mußte durch Import ausgeglichen werden. Dadurch stieg die Gesamteinfuhr an Steinkohle und Koks in den ersten elf Monaten des Jahres 1923 auf 23½ Millionen Tonnen. Davon entfallen auf England 14½ Millionen Tonnen (Gesamtwert ungefähr 529 Millionen Goldmark), die Tschechoslowakei 800 000 Tonnen, die Vereinigten Staaten 318 000 Tonnen und auf Holland 123 000 Tonnen. Aus Oberschlesien wurden 7,75 Millionen Tonnen eingeführt, während der Import aus dem Saargebiet und aus Belgien unbedeutend war. Im Jahre 1922 betrug die Kohleneinfuhr 14 Millionen Tonnen und im Jahre 1921 noch nicht ganz eine Million Tonnen. Die Auswirkung auf unsere Zahlungsbilanz und für den deutschen Wechselkurs ergibt sich aus diesen Zahlen von selbst. Wir gewinnen von dem Zerfall der deutschen Kohlenwirtschaft erst ein richtiges Bild, wenn wir überlegen, daß Deutschland im letzten Friedensjahr einen Kohlenausfuhrüberschuß von rund 34 Millionen Tonnen, gleich 432 Millionen Goldmark hatte.

Durch den passiven Widerstand hat sich selbstverständlich auch die Ausfuhr an Reparationskohle nach Frankreich, England und Italien ermäßigt. Nach vorliegenden französischen Berichten erhielt Frankreich vom 11. Januar bis Ende November 1923 rund 3 037 000 Tonnen, darunter 1 643 700 Tonnen Koks und Belgien 1 219 453 Tonnen, darunter 156 275 Tonnen Koks. Die programmmäßigen deutschen Reparationslieferungen in derselben Zeit des Jahres 1920 an Frankreich und Belgien betrugen 9 977 022 Tonnen bezw. 2 613 740 Tonnen. An Italien sind während des Ruhrkampfes die Lieferungen weitergegangen, und zwar konnten mit 1 408 070 Tonnen 50 Prozent seiner Ansprüche befriedigt werden.

Nach dem Abschluß der Micumverträge konnte die Förderung teilweise wieder aufgenommen werden. Jedoch betrug im Monat Dezember 1923 die Förderung nur etwa 60 Prozent der Dezemberförderung 1922. Für den Monat Januar 1924 wird bis jetzt die Förderung auf 10 Prozent höher geschätzt, während der Absatz, nach der Ziffer der Versandwaren geschätzt, sich nur auf etwa 40 Prozent stellen dürfte. Für das unbesetzte Deutschland ergeben sich wesentlich bessere Förderungsziffern, wenn diese auch noch immer heftigen Schwankungen unterliegen. Der Vortragende betont, daß eine Besserung nur durch Steigerung der Schichtleistung des Bergmannes zu erreichen sei. Für den sächsischen Steinkohlenbergbau beträgt der Leistungsrückgang etwa 55,6 Prozent, für den preußischen Braunkohlenbergbau rund 38,8 Prozent und für Westoberschlesien etwa 40,3 Prozent.

Interessant waren die Ausführungen Bennholts über die Preisbildung und ihren Einfluß auf die Konjunktur im Kohlenbergbau. Er führte u. a. aus: Die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel hat dem Ruhrbergbau eine Preisermäßigung von 17 Prozent ermöglicht. Im unbesetzten Bergbaugebiet liegt der Preis aber noch etwa 25—30 Prozent über den Friedenspreis. Preisabbau ist notwendig, um mit ausländischer Kohle wieder wettbewerbsfähig zu werden. Mit der starren Preisfestsetzung mußte infolge der Flüchtigkeit und Unberechenbarkeit des Marktes zum Teil gebrochen werden.

In der sich anschließenden Diskussion machte der Vertreter der Reichseisenbahn sehr wichtige Ausführungen über die Kohlenversorgung der Reichseisenbahn. Während des passiven Widerstandes war die Reichseisenbahn Hauptabnehmer für den fremden Kohlenimport. Selbst nach Abschluß des Ruhrkampfes war noch ein Kohlenkreditabkommen mit englischen Firmen notwendig, um die Kohlenversorgung der Reichseisenbahn sicher zu stellen. Der deutsche Bergbau hat für die nächsten Monate Lieferungen von 750 000 Tonnen pro Monat an die Reichseisenbahn zugesagt. Der Bedarf beträgt aber pro Monat 1,1 Millionen Tonnen, sodaß die Reichseisenbahn gezwungen ist, vorläufig noch monatlich 350 000 Tonnen Kohle von auswärts einzuführen.

Die Hetze gegen Thüringen.

Wieder eine Verleumdung zusammengebrochen.

SPD. Weimar, 25. Januar. (Eig. Drahtber.)

Gegen die thüringische Staatsbank und ihren Präsidenten Loeb sind in der Presse schwere Anschuldigungen erhoben worden, die im wesentlichen folgendes behaupten: Präsident Loeb und die Staatsbank hätten, trotzdem dies für sie verboten gewesen wäre, Devisengeschäfte getätigt und sich dadurch schwere Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen zuschulden kommen lassen. Insbesondere habe Präsident Loeb wahrheitswidrig behauptet, Devisenhandelserlaubnis zu besitzen. Zur Nachprüfung dieser Vorwürfe hat das thüringische Staatsministerium auf Antrag des Staatsbankdirektoriums am 21. Januar ds. Js. beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die mit der sofortigen Untersuchung der Anschuldigungen beauftragt wurde. Die Kommission wurde wie folgt zusammengesetzt: als Vorsitzender der Vorstand der thüringischen Rechnungskammer, Präsident König, als Beisitzer die Mitglieder der Revisionskommission der thüringischen Staatsbank, Staatskommissar Direktor Maerker-Eisenach, Kommerzienrat Eduard Laux-Weimar, Geschäftsführer Dinter-Gera, vom thüringischen Wirtschaftsministerium: Ministerialdirektor Fr. Rauch, Regierungsrat Dr. Mündnich; vom thüringischen Finanzministerium: Ministerialrat Dr. Stolze, Ministerialrat Zaubitzer; vom thüringischen Ministerium des Innern: Ministerialdirektor Dr. Jahrn. Die Kommission, die in ihren Sitzungen am 22. und 25 Januar die Vorwürfe eingehend geprüft hat, veröffentlicht als Ergebnis ihrer Untersuchung folgendes:

1. Die Kommission hat die Frage geprüft, ob die Staatsbank seit Erlaß der Verordnung über Devisenbanken sich für berechtigt halten durfte, Devisengeschäfte weiter abzuschließen. Diese Frage wurde auf Grund der vom Wirtschaftsministerium vorgelegten Akten, des von der Staatsbank mit dem Wirtschaftsministerium und dem Devisenkommissar geführten Schriftwechsels und im Hinblick auf die in zahlreichen anderen Fällen geübte Praxis bejaht.

2. Die Kommission hat weiter durch Einsichtnahme in die Bücher der Staatsbank und durch Vernehmung der für den Devisen- und Sortenverkehr zuständigen Beamten festgestellt, daß Präsident Loeb mit der Staatsbank Devisengeschäfte überhaupt nicht und Sortengeschäfte nur in einem Falle, und zwar in Höhe von insgesamt 26 Goldmark, getätigt hat.

3. Von angeblichen Einzelverfehlungen der thüringischen Staatsbank gegen die gesetzlichen Devisenbestimmungen ist der Kommission der Fall Thiel-Ruhla bekannt geworden. Hier war die Behauptung der Firma Thiel zu prüfen, daß sie die Ablieferung der bei dem Geschäft an die Staatsbank gegebenen Devisen an die Reichsbank zur Bedingung gemacht habe. Durch Zeugenaussagen ließ sich hierüber bei den widersprechenden Behauptungen der bei dem Vorgang auf beiden Seiten beteiligten Personen eine Klärung nicht herbeiführen. Ein urkundlicher Nachweis war gleichfalls nicht zu erbringen, denn der Bleistiftvermerk „abgabepflichtig an die Reichsbank" auf dem von der Firma der Kommission vorgelegten Auftragsformular läßt nicht den sicheren Schluß zu, daß das in Verlust geratene Original diesen für die Entscheidung ausschlaggebenden Vermerk ebenfalls getragen hat. Die Kommission hat daher nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß die Staatsbank in diesem Falle gegen die gesetzlichen Devisenbestimmungen verstoßen hat.

4. Weitere Fälle angeblicher Verfehlungen vermochten die Vertreter des Verbandes der Mitteldeutschen Industrie nicht nachzuweisen.

Mit diesen Feststellungen der Untersuchungskommission ist eine neue Legende der bürgerlichen Parteien Thüringens widerlegt. Damit bleibt für die Herrschaften vom thüringischen „Ordnungsblock" Herr Jarres als eifriger Verfechter des Ausnahmezustandes die einzige Hoffnung des thüringischen Bürgerblocks.

Devisen-Kurse.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		26. Januar.	25. Januar.
		(In Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1 555 100	1 556 100
Buenos Aires	1 Peso	1 356 600	1 356 600
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	169 575	170 573
Kristiania	1 Kr.	576 056	578 550
Kopenhagen	1 Kr.	677 303	677 303
Stockholm	1 Kr.	1 084 283	1 084 283
Helsingfors	1 finn. Mk.	104 737	103 989
Rom	1 Lire	182 044	182 044
London	1 £	17 705 625	17 705 625
Neuyork	1 Dollar	4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs.	189 528	189 276
Zürich	1 Frs.	723 686	723 686
Madrid	1 Peseta	528 675	530 670
Portugal	1 Escudo	128 677	128 677
Japan	1 Yen	1 865 325	1 875 300
Rio de Janeiro	1 Milreis	458 850	448 875
Wien	1 Kr.	59 101	59 101
Prag	1 Kr.	121 695	121 695
Jugoslawien	1 Dinar	47 979	47 979
Budapest	1 Kr.	144 388	140 647
Bulgarien	1 Lewa	29 825	29 925

Deutschnationale Staatsgesinnung.

Wir wiesen vor kurzem auf den Plan der deutschnationalen Parteileitung hin, eine Schleuderzeitung zu gründen, die von den Geldern der Partei ausgehalten werden soll. Während die Deutschnationale Partei dem Reich und Preußen die zur Gesundung notwendigen Steuergroschen verweigert, stellt sie an ihre Mitglieder das Ansinnen, der Partei für völlig überflüssige Privatzwecke Millionenbeträge zur Verfügung zu stellen. Daß diese Art von „Staatsgesinnung" den Deutschnationalen in Fleisch und Blut übergegangen ist, bestätigt der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei in der Ostpriegnitz, Glaser-Siebmanshorst. Er sprach am 19. Januar auf dem Kreisparteitag über das Thema: „Staat, Steuern und Parteibeiträge". Seine Ausführungen gipfelten der „Unabhängigen, parteilosen" (tatsächlich aber deutschnationalen) „Kreiszeitung für die Ostpriegnitz" zufolge wörtlich in dem Satz:

„Erst diese (die Beitragszahlung für die Deutschnationale Partei, Anm. d. Red.), **dann erst, wenn die Partei restlos befriedigt ist, das Finanzamt in zweiter Linie!"**

Das nennt man im deutschnationalen Lager Erziehung zum Preußentum und zur nationalen Gesinnung.

Es nimmt nach dieser Kostprobe nicht weiter wunder, wenn sich in derselben Sitzung ein von der Republik ausgehaltener Landrat a. D. v. Winterstein zum Wort meldete, um sich über die Futterkrippenwirtschaft zu beklagen, die nicht nach Fähigkeit, sondern nur nach Parteizugehörigkeit urteile und frage. Wir wissen nicht, ob er dabei an sich und seine Partei gedacht hat. Die Ausführungen dieses Pensionärs der Republik schlossen mit den Worten:

„Es gilt den Freiheitskrieg, **die nationale Diktatur muß erstrebt werden.** Sie soll kein ewiges Gebilde sein, nein, sie soll nur ein Uebergangsstadium bilden, das uns führen soll **zur Hohenzollern-Monarchie!"**

Der von der Republik unterstützte Landrat a. D. v. Winterstein scheint verschlafen zu haben, daß seine Partei im Verlauf der letzten Regierungskrise und in den offiziösen Neujahrsbetrachtungen die nationale Diktatur und die Hohenzollern-Monarchie unter den Tisch fallen gelassen hat.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gemeinnützige Bestattungsgesellschaft
Hundestr. 49/51 Fernruf 2451
bietet sicherste Gewähr für 11171
preiswerte, pietätvolle Ausführung aller Bestattungen.

Frau Regel Amrain und ihr Jüngster.

Erzählung von Gottfried Keller.

4. Fortsetzung.

Da trauerte auch die sanfte Emmeline Ackerstein, welche eine Dulderin war und von ihrem Manne mißhandelt wurde, weil sie gar nichts gelernt hatte und das Hauswesen vernachlässigte; diese sah bleich und schmachtend aus und sank mit Tränen dem in die Arme, der sie trösten mochte. Auch die schlimme Lieschen Aufdermaur war da, welche so lange Klatschereien und Zänkereien anrichtete, bis irgendein Aufgebrachter, den sie verleumdet, sie unter vier Augen in die Klemme brachte und sich an ihr rächte.

Dann folgte, außer zwei oder drei aufgeweckten Wesen, welche ohne weitere Begründungen schlechtweg taten, was sie mochten, die stille Theresa Gut, welche äußerst teilnahmslos weder rechts noch links sah, niemandem entgegenkam und kaum antwortete, wenn man sie anredete, welche aber, zufällig in ein Abenteuer verwickelt und angegriffen, unerwarteterweise lachte wie eine Närrin und alles geschehen ließ.

Endlich saß auch dort das leichtsinnige Käthchen Amhag, welches immer eine Menge heimlicher Schulden zu tragen hatte.

Nachdem Frau Amrain die Beschaffenheit dieses weiblichen Kreises erkannt, wollte sie eben Gott danken, daß ihr Sohn wenigstens auch da nicht zu erblicken sei, als sie noch eine weibliche Gestalt zwischen ihnen entdeckte, die sie im ersten Augenblicke nicht kannte, obgleich sie dieselbe schon gesehen zu haben glaubte. Es war ein großes prächtig gewachsenes Wesen von amazonenhafter Haltung und mit einem kecken blonden Lockenkopfe, das aber hold verschämt und verliebt unter den lustigen Frauen saß und von ihnen sehr aufmerksam behandelt wurde. Beim zweiten Blick erkannte sie jedoch ihren Sohn und ihr violettes Seidenkleid zugleich und sah, wie trefflich ihm dasselbe saß, und mußte sich auch gestehen, daß er ganz geschickt und reizend ausgeputzt sei. Aber im gleichen Augenblicke sah sie auch, wie ihn eine Nachbarin küßte, infolge irgendeines Unterhaltungsspieles, das die fröhliche Gesellschaft eben beschäftigte, und wie er gleicherzeit die andere Nachbarin küßte, und nun hielt sie den Zeitpunkt für gekommen, wo sie ihrem Sohne den Dienst, welchen er ihr als fünfjähriges Knäblein geleistet, erwidern konnte.

Sie stieg ungesäumt die Treppe hinunter und trat in das Zimmer, die überraschte Gesellschaft bescheiden und höflich begrüßend. Alles erhob sich verlegen; denn obgleich sie sattsam durchgehechelt wurde in der Stadt, so flößte sie doch Achtung ein, wo sie erschien.

Die jungen Männer grüßten sie mit aufrichtig verlegener Ehrerbietung, und um so aufrichtiger, je wilder sie sonst waren; von den Frauen aber wollte keine scheinen, als ob sie mit der achtbarsten Frau der Stadt etwa schlecht stände und nicht mit ihr umzugehen wüßte, weshalb sie sich mit großem Geräusch um sie drängten, als sie sich von ihrer Ueberraschung etwas erholt.

Am verblüfftesten war jedoch Fritz, welcher nicht mehr wußte, wie er sich in dem Kleide seiner Mutter zu gebärden habe; denn dies war jetzt plötzlich sein erster Schrecken und er bezog den ernsten Blick, den sie einstweilen auf ihn geworfen, nur auf die gute Seide dieses Kleides. Andere Bedenken waren noch nicht ernstlich in ihm aufgestiegen, da in der allgemeinen Lust er Scherz zu gewöhnlich und erlaubt schien. Als alle sich wieder gesetzt hatten und nachdem sich Frau Amrain ein Viertelstündchen freundlich mit den jungen Leuten unterhalten, winkte sie ihren Sohn zu sich und sagte ihm, er möchte sie nach Hause begleiten, da sie gehen wolle.

Als er sich dazu ganz bereit erklärte, flüsterte sie ihm aber mit strengem Tone zu: „Wenn ich von einem Weibe will begleitet sein, so konnte ich die Grete hier behalten, die mir heimgeleuchtet hat! Du wirst so gut sein und erst heimlaufen, um Kleider anzuziehen, die dir besser stehen, als diese hier!"

Erst jetzt merkte er, daß die Sache nicht richtig sei; tief errötend machte er sich fort, und als er über die Straße eilte und das rauschende Kleid ihm so ungewohnt gegen die Füße schlug, während der Nachtwächter ihm verdächtig nachsah, merkte er erst recht, daß das eine ungeeignete Tracht wäre für einen jungen Republikaner, in der man niemandem ins Gesicht sehen dürfe. Als er aber, zu Hause angekommen, sich hastig umkleidete, fiel es ihm ein, daß nun die Mutter allein unter dem Volk auf dem Rathause sitze, und dieser Gedanke machte ihn plötzlich und sonderbarerweise so zornig und besorgt um ihre Ehre, daß er sich beeilte nur wieder hinzukommen und sie abzuholen. Auch glaubte er ihr einen rechten Ritterdienst damit zu erweisen, daß er so pünktlich wieder erschien, und alle etwaigen Unebenheiten dadurch aufs schönste ausgeglichen.

Frau Amrain aber empfahl sich der Gesellschaft und ging ernst und schweigend neben ihrem Sohne nach Hause.

Dort setzte sie sich seufzend auf ihren gewohnten Sessel und schwieg eine Weile; dann aber stand sie auf, ergriff das daliegende Staatskleid und zerriß es in Stücken, indem sie sagte: „Das kann ich nun wegwerfen, denn tragen werde ich es nie mehr!"

„Warum denn?" sagte Fritz erstaunt und wieder kleinlaut. „Wie werde ich," erwiderte sie, „ein Kleid ferner tragen, in welchem mein Sohn unter liederlichen Weibern gesessen hat, selber einem gleichsehend?" Und sie brach in Tränen aus und hieß ihn zu Bette gehen.

„Hoho," sagte er, als er ging, „das wird denn doch nicht so gefährlich sein." Er konnte aber nicht einschlafen, da sein Kopf sowohl von der unterbrochenen Lustbarkeit als von den Worten der Mutter aufgeregt war; es gab also Muße, über die Sache nachzudenken und er fand, daß die Mutter einigermaßen recht habe; aber er fand dies nur insofern, als er selbst die Leute verachtete, mit denen er sich eben vergnügt hatte. Auch fühlte er sich durch diese Auslegung eher geschmeichelt in seinem Stolze, und erst, als die Mutter am Morgen und die folgenden Tagen ernst und traurig blieb, kam er dem Grunde der Sache näher. Es wurde kein Wort mehr darüber gesprochen; aber Fritz war für einmal gerettet, denn er schämte sich vor seiner Mutter mehr, als vor der ganzen übrigen Welt.

Während einiger Monate fand sie keine Ursache, neue Besorgnisse zu hegen, bis eines Tages, als ein blühendes junges Landmädchen sich einfand, um den Dienst bei ihr nachzusuchen, Fritz dasselbe unverwandt betrachtete und endlich auf es zutrat und, alles andere vergessend, ihm die Wangen streichelte. Er erschrak sogleich selbst darüber und ging hinaus; die Mutter erschrak auch und das Mädchen wurde rot und zornig und wandte sich, ohne weitern Aufenthalt zu gehen. Als Frau Amrain dies sah, hielt sie es zurück und nahm es mit einiger Ueberredung in ihren Dienst. Nun muß es biegen oder brechen, dachte sie und fühlte gleichzeitig, daß auf dem bisherigen, bloß verneinenden Wege dies Blut sich nicht länger meistern ließ. Sie näherte sich deshalb noch am selben Tage ihrem Sohne, als er mit seinem Vesperbrode sich unter eine schattige Rebenlaube gesetzt hatte hinter dem Hause, von wo man zum Tal hinaus in die Ferne sah nach blauen Höhenstrichen, wo andere Leute wohnten. Sie legte ihren Arm um seine Schultern, sah ihm freundlich in die Augen und sagte: „Lieber Fritz! Sei mir jetzt nur noch zwei oder drei Jährchen brav und gehorsam, und ich will dir das schönste und beste Frauchen verschaffen aus meinem Ort, daß du dir was darauf einbilden kannst!"

Fritz schlug errötend die Augen nieder, wurde ganz verlegen und erwiderte mürrisch: „Wer sagt denn, daß ich eine Frau haben wollte?"

„Du sollst aber eine haben!" versetzte sie, „und, wie ich sage, eine von guter und schöner Art; aber nur wenn du sie verdienst; denn ich werde mich hüten, eine rechtschaffene Tochter hierher ins Elend zu bringen!"

Damit küßte sie ihren Sohn, wie sie seit undenklicher Zeit nicht getan und ging ins Haus zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Wir verkaufen ab Heute große Posten

Herren-Hosen

aus gestreiftem Kammgarn, prima Tirfey, Manchester, Zwirn-Pilot, Reifcord usw.

zu auffallend billigen Preisen!

Zum Verkauf kommen lange u. Breeches-Hosen guter Qualitäten in guter Verarbeitung von tadellosem Schnitt und Sitz. Wir haben diese Hosen in vier Serien eingeteilt, auf Extratischen im 2. Stock ausgelegt u. bieten mit unserm heutigen Angebot eine

selten günstige Kaufgelegenheit

Serie I **4.90** Serie II **6.90**

Serie III **9.50** Serie IV **12.75**

Ein Posten **Burschen-Hosen 3.90** Größen 7—12

Ein Posten **Knaben-Hosen 2.90** Größen 1—6

Unser Spezial-Schaufenster ist beachtenswert!

Holstenhaus

Sozialdemokratisch. Verein Lübeck.

Dienstag, den 29. Januar, abends 7½ Uhr:

Distriktsmitgliederversammlungen.

1., 2. u. 3. Distrikt bei **Lender**, Hundestr.
4. „ „ **Eggers**, Stavenstr.
5. „ „ **Hennings**, Augustenstr.
5a. „ „ **Weißer Engel**, Ratzeb. Allee.
7. u. 7a. „ in der Schule **Moislinger Allee**, Ecke Meierstr.
9. „ „ „ „ **Marquardplatz**
11. „ „ **Luisenlust**, Eschenburgstr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Bürgerschaftswahl.

Erscheinen der Genossen und Genossinnen Pflicht. (11178

Lichtspiele Brauerei Jacobsburg

Dienstag, den 29. Januar 1924:

Der Eisenbahnkönig

Die Katastrophe auf der Zentral-Eisenbahn-Linie.

Mensch und Mammon — Sonnenber Tod

Aus dem Inhalt:
Interessantes zum Fall Lowell — Der Dammeinbruch bei Blackfort Kent — Der Waldbrand bei Evans Hill — Aus dem Abenteurerleben des Grafen Hoske — Zum Abschluß der Affäre Lowell

2 Teile: 12 Akten.

Hauptrolle: **Genia Vallet — Carl Schönfeld — Arthur Somlay — Hermann Vallentin — Fritz Kortner — Heinrich Peer usw.**

1. Teil:

Mensch und Mammon 6 Akten

Außerdem:

Chaplin!!! Die Perle des Warenhauses

Burleske in 2 Akten.

Keiner versäume es, sich diesen gewaltigen Film anzusehen. Ein jeder muß diesen Film gesehen haben. (11184

Bacchusnacht

Doppel-Gastspiel

Ludwig Ziegler — Gertrud Seewald-Schultze

General-Anzeiger: „So war der volle Erfolg der ersten Aufführung der **„Bacchusnacht“** gesichert . . . .“

Volksbote: „Aufmachung und Wiedergabe verschafften dem Theater an der Moislinger Allee einen großen Erfolg“.

Lübeck'sche Anzeigen: „Alles in allem: Es war einer der genußreichsten Abende, die uns das Hansa-Theater in dieser Spielzeit geboten hat“ (11187

Nur noch 4 Aufführungen!

Hansa-Theater

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Lübeck. (11192

Versammlung

Dienstag, den 29. Jan. abends 7½ Uhr. im **Gewerkschaftshaus.**

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quartal.
3. Wahl der Vertreter zur Generalversammlung.
4. Wahl der Revisoren.
5. Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher **Holzarbeiter-Verband.**

Verwaltungsstelle Lübeck 11196

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, d. 29. Jan. abends 7½ Uhr im **Gewerkschaftshaus.**

Tagesordnung:
1. Volksentscheid u. Bürgerschaftswahl.
2. Ref.: Gen. **Henze.** Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Trocadero.

Schüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:

Stimmungs-Konzerte. 11180

Freier Wassersport-Verein Lübeck e.V.

Heute abend 8 Uhr General-Versammlung im Arbeiter-Sportheim Hundestraße 41.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Antrag Rudergruppe.
3. Neuwahl des Vorstandes. (11186
4. Beitragserhöhung.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Hansa-Theater.

Nur noch **4** Aufführungen:
7½ Uhr 7½ Uhr
Gastspiel **Ludwig Ziegler** und **Gertrud Seewald-Schultze.** (11188

Der große Publikumserfolg

Die Bacchusnacht.

Fledermaus

8.30 Uhr.

11071)

Stadttheater Lübeck.

Dienstag, 7,30 Uhr:
Der Zigeunerbaron.
(11181)

Gas cbm 21 Goldpfg., Lichtstrom kbw 65, Kraftstrom 30, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (11173

Fahrrad gestohlen

am Sonnabend abend in der Fischergrube (Stadttheater). Erkennungszeichen: Marke „Astoria“, Fabrik Simsonsuhl Nr. 786 792. Vor Ankauf wird gewarnt. **Für Wiederherbeischaffung des Rades eine Belohnung von 50 Mk.**

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
Lübecker Volksbote. (11183

! Bekannt reelles Einkaufshaus !

Stoffe 11106

für Anzüge, Kostüme und Mäntel, zu staunend herabgesetzten Preisen.

Nur reelle Qualitäten!

Kesten, Holstenstraße 17 I. Auch Zahlungserleichterung.

Kohlen + Koks + Briketts

Hermann Freitag
(Meyer & Burmeister)
Moisling, Niendorfer Straße.

Felle

kauft **Isaac Frankenthal** höchstzahlend Beckergrube 53. Tel. 8641.

11124) **Haare**

Prima Landbrot	35 ₰
Meierei-Butter	℔ 2 20
Schweineschmalz	80 ₰
Cornedbeef	70 ₰
Camembertkäse	25 ₰

An der Mauer 28, Attendornstr. 23, Geibelplatz 10, Hundestraße 111. 11199

Gute Schuhreparaturen. Verk. von Led.- u. Gummisohlen u. Absätzen. (11157

Karl Obst, Am Brink

Kleinmaterial
Annahme v. Steppverein.

Limburger (halbfett)
alt und pikant (11204

Pfund 40 Pfg.

Janssen, Beckergrube 7

Selbstbesohler!

Herren-Ledersohl. i. Aussch. M. 1.20—1.80
Damen- „ „ „ „ 0.60—1.00

Garantiert rein Kern!

Auf Wunsch kann es Stoppel gemacht werden. 11159

Fünfhausen 7.

Ohne Auktion können Sie augenblicklich viele gute **Möbel- und Hausstandssachen** zu billigen Preisen freihändig kaufen in **Kochs Auktionshäusern, Marlesgrube 9—11.** (11200

LACHEN LINKS

DAS WITZBLATT DER REPUBLIK

12 Seiten Mehrfarbendruck

PREIS 25 PFENNIG

Zu beziehen durch

Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“,
Johannisstraße 46.

Jeden Freitag neu!

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Café Zillerthal

Hinter St. Petri 6.

Heute (11210

Hamburgischer Bockbier-Abend.

Lübecker Volksbote

Beilage. Montag, 28. Januar 1924. Nummer 23.

Freistaat Lübeck.

Montag, 28. Januar.

Ihr laßt den Armen schuldig werden . . .

Notwendige Erkenntnis. — Ein Arbeiterhilfswerk.

Wir haben wiederholt über die vom Arbeiterrat Groß-Hamburg eingerichtete großzügige Kinderspeisung hingewiesen und am Freitag einen Aufruf des Oberbaurats Brandt wiedergegeben, die sich lebhaft für die Sache einsetzte und die grauenhafte Not in den Heimen der armen Leute schilderte. Es ist bezeichnend, daß das satte Bürgertum an der Not des Volkes nur so herumstreicht und immer erst mit der Nase auf die Tatsache gestoßen werden muß, daß es nicht so weiter geht. Mit ein paar Brocken, gegeben von mitleidbefangenen Gemütern, wird dies Elend nicht aus der Welt geschafft. Wenn sich die kapitalistische Gesellschaft nicht besinnt und weiter mit Vorbedacht die Verelendung der Massen schürt, dann wird sie als Resultat ihres gewalttätigen Vorgehens das schaffende Volk nicht zu ihren Füßen liegen sehen, sondern um so schneller selbst im Strudel untergehen.

Es ist bezeichnend, daß sich heute die Stimmen verantwortungsvoller Männer auch im bürgerlichen Lager mehren, die auf die Folgen dieser gemeingefährlichen kapitalistischen Wirtschaftspolitik aufmerksam machen. Wir lasen am Sonnabend in dem volksparteilichen Hamburger Korrespondenten einen Aufruf des Direktors der hamburgischen Strafanstalten, der sich zustimmend zu dem Werke der Hamburger Arbeiter bekennt und auf die Ursachen des Elends und seine Folgen aufmerksam macht. Er kommt zu denselben Schlüssen, die die Sozialdemokratie seit jeher aus dem kapitalistischen System gezogen hat und schlägt dem Kapitalistenblatt mit seiner heuchlerischen Ueberschrift des Artikels schlank ins Gesicht. Direktor Koch schreit den wirtschaftgewaltigen Gottesgnadenmännern christlicher Couleur und sozialer Einsichtslosigkeit folgende, auch den Lübecker Sozialistentötern zum Nachdenken empfohlene Wahrheiten ins Merkbuch:

„Als Direktor eines der größten Anstaltsbetriebe, wie es die hamburgischen Strafanstalten mit ihren vielen Tausenden Insassen sind, habe ich Gelegenheit, einen tiefen Einblick in die **unglücklichen wirtschaftlichen Zustände unseres Volkes** zu tun. In der **Welt hinter den Mauern spiegelt sich die allgemeine Not und das unermeßliche Elend,** die weite Kreise des Volkes beherrschen, wieder. Fast immer ist es derselbe erschütternde Eindruck bei Feststellung der Ursachen, die zum Delikt geführt haben: überall **größte Not und Bedrängnis.** Gewiß ist die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht immer die einzige Ursache des Strauchelns. Aber wir sehen gerade heute, wie eng die parallelen Kurven der **Gesetzesverletzung und der Armut** laufen. Die kriminelle Woge brandet wohl heute auch gegen die höheren Stockwerke des Gesellschaftsbaues, und Intelligenz wie Besitz senden heute mehr Vertreter als jemals früher hinter die Mauern, aber die **Hauptflut überschwemmt doch wie seither die tieferen Lagen.** Es bleibt unbestreitbar, daß **wirtschaftlicher Tiefstand** sehr viel zur Erregung und Aneiferung **verbrecherischer Neigungen** beiträgt. **Arbeitslosigkeit und materielle Not sind vielfach auch die Ursachen der Rückfälligkeit,** während **wirtschaftliche Geborgenheit** hiervor **eine größere Sicherheit** bietet.

Wer im Dienste des Strafvollzuges täglich und stündlich tiefer in menschliches Elend blickt, hat ein um so größeres Verständnis dafür, was es heißt, für die Bedrängten einzutreten. Wo also ein Ruf laut wird, der Not zu steuern, wird er hier ein lautes Echo wecken.

Wie das Leben überhaupt, **ruht auch das Sittliche auf materieller Grundlage.** Sie dem zu sichern, dem sie in diesen Notzeiten verloren geht, ist die Pflicht eines jeden, der noch ein Scherflein opfern kann. Ich richte deshalb an alle Begüterten und Bemittelten die dringende Bitte um Abhilfe. Das Hilfswerk, das der Arbeiterrat Groß-Hamburg für die Kinder der Bedürftigen eingeleitet hat, muß von allen Volksgenossen, die dazu in der Lage sind, freudig unterstützt werden."

Die beste Unterstützung wird allerdings nicht von Wohlwollen und sozialer Einsicht gegeben werden, sondern die Arbeiterschaft muß sich auf ihre eigene Kraft besinnen und Wohltat in Recht zum Leben umwandeln. Sie muß den Prozentfressern und Volksunterdrückern Zähne und Nägel zeigen. Nur in ihren Organisationen liegt die Kraft. Laßt sie wachsen. Gebt bei der Bürgerschaftswahl den Kapitalisten und ihren Trabanten eine Probe Eures Willens.

Das Parteisekretariat macht darauf aufmerksam, daß morgen, Dienstag, eine Reihe von Distriktsversammlungen stattfinden. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten zu erscheinen. Näheres siehe Inserat im heutigen Volksboten.

Achtung, Parteigenossen! Zur Fertigstellung der Wählerlisten bitten wir Parteigenossen, morgen Dienstag früh 3/4 8 Uhr im Parteisekretariat zu erscheinen.

Die Eisverhältnisse der Lübecker Bucht und der Seeschiffahrtsstraße Travemünde-Lübeck sind nach wie vor günstig. Das Treibeis und das schwache Neueis bieten keinen nennenswerten Widerstand, sodaß der Lübecker Hafen auch für schwächere Dampfer ohne Schwierigkeiten erreichbar ist.

Das **Finanzamt** schreibt uns: Bei den vorgenommenen Prüfungen der von den Arbeitgebern zu führenden Lohnkonten (Lohnbücher) ist festgestellt, daß der Steuerabzug unter Berücksichtigung des steuerfreien Lohnbetrags und der Ermäßigung für die Hausstandsmitglieder auch dann vorgenommen wurde, wenn dem Arbeitgeber das Steuerbuch des Arbeitnehmers nicht vorlag. Dies Verfahren ist gesetzlich unzulässig. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, 10 v. H. des Bruttolohnes bei jeder Lohnzahlung einzubehalten, sofern ihm vom Arbeitnehmer das Steuerbuch nicht übergeben wird. Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, sein Steuerbuch dem Arbeitgeber bei Beginn eines jeden Kalenderjahres oder bei Beginn eines Dienstverhältnisses auszuhändigen. Es liegt somit im Interesse eines jeden Arbeitnehmers, sein Steuerbuch umgehend dem Arbeitgeber auszuhändigen, falls dies noch nicht geschehen sein sollte. Etwa fehlende Steuerbücher werden im Finanzamt, Zimmer 15, ausgestellt. (11170)

Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Hamburg-Nordamerika. Nach Newyork: D. Alb. Ballin 31. 1., D. Mount Clinton 7. 2., D. Westphalia 14. 2., D. Thuringia 21. 2., D. Cleveland 28. 2. Nach Boston, Philadelphia, Baltimore, Norfolk: M. S. Emland 8. 2., Emden 29. 2. Westküste Nordamerika: D. Holger 9. 2., M. S. Osiris 23. 2. Hamburg-Cuba-Mexiko-Westindien: D. Eupatoria 30. 1., D. Idarwald 9. 2., D. Tsad 9. 2., D. Toledo 26. 2. Hamburg-Südamerika-La Plata-Dienst: D. Teutonia 30. 1., D. Baden 21. 2., D. Sachsenwald 26. 2. Brasil-Dienst: D. Steigerwald 6. 2. Hamburg-Ostasien: M. S. Havelland 22. 2., D. Coblenz 9. 2., engl. D. Rhesus 16. 2., D. Saarland 23. 2.

wb. **Stadthallen-Lichtspiele.** „Mutter." Ein amerikanischer Rührfilm von 8 Akten. Ideal-sentimental. Warum muß man in diese trübe Zeit des traurigen Deutschland noch Trübsal aus Amerika importieren? Eine Mutter kann darin nicht nur sechs Kinder ernähren, sondern auch noch einen Vater. Sie wird alt und grau, trotz aller Plagen Tag und Nacht. Alle Kinder sind brav und gut. Der Bravste geht für den alten Vater, den er als Pferdedieb entdeckt, drei Jahre ins Zuchthaus. Er rettet damit nicht nur des Vaters, sondern auch der Geschwister Ehre. Der Vater stirbt an Gewissensbissen. Der brave Sohn Karl sitzt seine Strafe ab, geht dann ins Ausland, nachdem er die Mutter dem frommen Bruder anvertraut. Allmonatlich schickt Karl an den frommen Franz das Geld für die Mutter. Die wird dann von einem der lieben Kinder zum andern und von dem frommen Franz zuletzt ins Armenhaus verwiesen. Und eines Tages kehrt Karl zurück — und hält Abrechnung. Wie einen reudigen Hund schleppt er den heiligen Schuft von Bruder nach dem Armenhaus, bis ihm die Geliebte aus den Kindheitstagen, die auf ihn gewartet, besänftigt und zur Mutter führt. Der bereits ziemlich gebrauchte Film zeigt immerhin glänzende Inszenierungskunst und wird noch manche Träne fließen lassen. Eine Groteske „Fix und Fax als Aftermieter", ebenfalls amerikanischen Ursprungs — die „Ufa" scheint ganz in amerikanische Hände übernommen zu sein —, sorgt, daß auch das Zwerchfell nicht zu kurz kommt.

Was will die Wirtschaftsgemeinschaft?

Für das Kapital gegen Staat und Arbeit.

Die bürgerliche Rechte in Lübeck hat sich zu einem Wahlblock zusammengeschlossen. Er umfaßt die deutschnationale und die volksparteiliche, die Bürgerbunds- und Zentrumsfraktion der Bürgerschaft. Der Name dieses Wahlblocks ist „Wirtschaftsgemeinschaft". Dieser Name bereits ist ein Programm. Es sind die Kreise der Wirtschaft und des großen Besitzes, die sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammenschließen. Sie vollziehen in Lübeck, was im Reiche parteipolitisch trotz allen Drängens des rechten schwerindustriellen Flügels der Deutschen Volkspartei nicht zu erreichen war: das offene Bündnis zwischen Deutsch-Nationalen und Deutscher Volkspartei, zwischen politischer und wirtschaftlicher Reaktion. Dieses Bündnis ist ein politisches Symptom mit politischen Absichten. Aber das gestern veröffentlichte Programm dieser Wirtschaftsgemeinschaft spricht von der **Ausschaltung parteipolitischer Gegensätze.** Das eben ist die falsche Flagge, unter der diese Kreise segeln — in den Kommunen und in den Ländern wie im Reiche. Unter dieser falschen Flagge treiben sie die nackteste und brutalste egoistische Partei- und Interessenpolitik, jene Politik, die Deutschland finanziell und wirtschaftlich ins Verderben gerissen hat.

Was will die Wirtschaftsgemeinschaft? Sie verspricht **„zielbewußte Politik im Sinne der Staatserhaltung".** Das wagen die Kreise zu sagen, die offen das **Interesse des privaten Besitzes** und der Privatwirtschaft **über das Interesse des Staates** stellen. Diese Kreise sind es, die in den Gemeinden wie im Staate systematisch und in voller Absicht die Gesundung des öffentlichen Finanzwesens sabotiert haben. **Diese Kreise sind die Nutznießer der Inflation.** Sie wollten die Währungszerrüttung, um auf dieser Grundlage ihren eigenen Besitz zu stärken. Sie haben es so offen und so toll getrieben, daß selbst der deutsch-volksparteiliche Führer Stresemann ihnen zurief: die Wirtschaft müsse wieder die Interessen des Staates über die Interessen der Privatwirtschaft stellen. Und nun sagen sie, sie wollten Staatserhaltung! **Nicht Staatserhaltung meinen sie, sondern Erhaltung der kapitalistischen Privatwirtschaft!**

Die zielbewußte Politik im Sinne der Staatserhaltung ist die Politik der Sozialdemokratie. Sie drängt in Lübeck wie im Reiche seit der Revolution unablässig auf die Stärkung der Grundlagen des Staates. Ohne eine gesunde finanzielle Basis ist der Staat ohnmächtig. Wer aus egoistischem Profitinteresse diese finanzielle Grundlage schwächt, der raubt dem Staate politische Macht und Einfluß nach innen wie nach außen!

Die Wirtschaftsgemeinschaft behauptet, sie wolle die **Förderung des vaterländischen Gedankens,** der allein einen neuen Aufstieg unseres Volkes ermöglichen könne. Noch niemals aber haben diese Kreise der Wirtschaftsgemeinschaft, die den vaterländischen Gedanken im Munde führen, **auch nur das Portemonnaie aufgemacht für den vaterländischen Gedanken.** Je tiefer sie durch ihren nackten Besitz- und Klassenegoismus Deutschland ins Unglück gerissen haben, um so lauter schreien sie über den vaterländischen Gedanken. Staatserhaltung und vaterländischer Gedanke sind untrennbar. **Wer den Staat sabotiert, sabotiert die Zukunft des Vaterlandes.** Nicht diese Kreise, sondern die **breiten arbeitenden Massen des Volkes,** die im Kriege durch den **Einsatz ihres Lebens,** nach dem Kriege durch ihre **gewaltigen Steuerleistungen** den Staat behauptet haben, sind die Träger des **vaterländischen Gedankens.**

Hinter der heuchlerischen Phrase der Wirtschaftsgemeinschaft aber verbirgt sich ein anderes: die **Sehnsucht nach der Monarchie,** nach der Rückkehr des alten Obrigkeitsstaates, der die besitzlosen Massen erneut wirtschaftlich und politisch knebeln soll.

Idee der Volksgemeinschaft — so heuchelt dieses Programm der Wirtschaftsgemeinschaft weiter. Erst Wirtschaftsgemeinschaft, und nun plötzlich Volksgemeinschaft! Erst das ganz offene Geständnis, daß man eine Interessengruppe ist, und nun der krampfhafteste Versuch, die Interessenpolitik hinter einer Phrase über die Volksgemeinschaft zu verbergen. **Volksgemeinschaft, in der die Wirtschaftsgruppe profitiert und die breiten Massen zahlen,** in der die Kreise der großen Wirtschaft und des großen Besitzes immer reicher werden und die breiten Massen immer ärmer! Leistet erst nach eurem Vermögen für den Staat und die Gemeinde, zeigt erst, daß ihr soziales Verständnis für die Lage und die Lebensnotwendigkeiten des Proletariats habt, ihr Herren, dann erst redet von Volksgemeinschaft!

Darnach weiß man, was man von den Versprechungen der Wirtschaftsgemeinschaft zu halten hat:

Produktive Arbeit zum Wohle Lübecks — **aber nicht auf Kosten des eigenen Geldbeutels;**

Kommunalpolitik lediglich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten — will sagen, **im Interesse des Profites der Privatwirtschaft;**

Arbeit und Brot — das versprechen die Kreise der Wirtschaftsgemeinschaft, die durch ihren nackten Klassenegoismus die Hungerkrise und die Arbeitslosigkeit in Deutschland verschuldet haben, die die Löhne drücken und viele Tausende von Arbeitern aussperren!

Was will in Wahrheit die Wirtschaftsgemeinschaft?

Sie will den politischen Widerstand der Interessenten **gegen eine gesunde Steuerpolitik,** die allein großzügige Maßnahmen für die Allgemeinheit und für notwendige sozialpolitische Aufgaben ermöglicht.

Sie will freie Bahn für die Wirtschaft — das heißt, sie will **eher den Staat zugrunde gehen lassen,** ehe sie den Geldbeutel auftut, um dem Staat zu geben, was des Staates ist.

Sie will politische Reaktion, die die Arbeiter politisch und wirtschaftlich entrechten und wehrlos dem Unternehmertum ausliefern soll.

Sie will nicht Staatserhaltung, sondern Profiterhaltung, nicht Volksgemeinschaft, sondern Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft gegen die Arbeiterschaft.

Die Kreise der Wirtschaftsgemeinschaft haben Deutschland ins Unglück geführt. Sie tragen die Schuld an dem Elend, das wir erleiden. Sie haben die Gesundung unserer Verhältnisse aus blindem Egoismus verhindert, sie haben uns in Krise, Hunger, Arbeitslosigkeit, Elend gerissen. Jetzt schließen sie sich zusammen, um ihre antisoziale Interessentenpolitik noch stärker durchzusetzen. Arbeiter, Besitzlose, setzt ihnen eine geschlossene sozialdemokratische Front entgegen!

Umstellung — Schiebung.

Sichere und unsichere Kantonisten des Wahlmischmaschs. — Hinauswurf des Arbeitervertreters.

Seit 1914 erleben wir eine „Umstellung" nach der andern. Ganz Deutschland stellte sich damals zum Kasernenhof um, die Industrie auf Kriegsbedarf (und -gewinn), das Volk auf Entbehrung, Hunger und Sterben. Der Umstellung der obersten Heeresleitung von stolzer Siegeszuversicht auf die Niederlage folgte die Nachkriegszeit mit ständig neuen Umstellungen — auf immer größeres Elend einerseits und immer üppigeres Wohlleben andererseits, Umstellung auf riesige Inflationsgewinne, auf niedrige Löhne und auf den Zehnstundentag. Als neuestes Glied in dieser endlosen Kette zeigt sich die Umstellung der Kandidatenliste.

Sonntag vor acht Tagen veröffentlichte der Chef des Nachrichtenwesens der Heeresgruppen Thiel, Dinter, Fink, Eckholdt, Herr Knie u. a. die Wahlvorschlagsliste Thiel, zu der am folgenden Tage an dieser Stelle einige Erläuterungen gegeben wurden. Im gestrigen „Gen.-Anz." wird mit einem Wahlaufruf zusammen die Liste Thiel erneut veröffentlicht, und da findet der aufmerksame Leser, daß sie eine (wenn auch unerhebliche) **Umstellung** erfahren hat. Bis zu dem von uns wiederholt vorgestellten Gewerkschaftssekretär Herrn Lewe stimmt die neue Liste mit der alten überein. Auf den nächsten Platz (Nr. 14) hat man das streitbare Fräulein Koltze gestellt, vor einer Woche noch auf dem Stuhle Nr. 25 sitzend, der vielleicht schon etwas wackelig erschien, weshalb die Inhaberinnen der beiden Plätze tauschen mußten. Von seinem sicheren Sitze Nr. 16 entfernte man Herrn Bruno Dühring und beförderte ihn in großem Bogen nach Nr. 29. Seine allzulange „Tuchfühlung" mit den Mannen der Gruppe Fink ließ es den Drahtziehern der „Wirtschaftsgemeinschaft 1924" wohl geraten erscheinen, daß Dühring und der Gärtnereibesitzer Schetelig die Plätze wechselten.

Suchte man schon in der ersten Veröffentlichung der Liste einer angeblichen „Wirtschaftsgemeinschaft" ziemlich vergeblich, nach einem **Vertreter der Arbeiterschaft,** so erfahren wir nunmehr, daß der einzige **Konzessions-Schulze,** der allerdings an **35. Stelle stand, auch noch hinausbugsiert** wurde. Ein Narr, wer etwa dachte, Arbeiter gehörten auch zur Wirtschaftsgemeinschaft! Doch gleichgültig, ob mit oder ohne Renommier-Arbeiter: das werktätige Volk kennt die Herren der „Wirtschaftsgemeinschaft" und wird ihnen die entsprechende Antwort geben — trotz aller Umstellung!

Amtliche Stimmungsmache zur Bürgerschaftswahl.

Das Nachrichtenamt schreibt: „In Beamtenkreisen scheinen beunruhigende Gerüchte umzulaufen, daß die heutigen äußerst niedrigen Gehälter der Beamten und Angestellten demnächst aus finanziellen Gründen von seiten des Reiches noch weiter abgebaut werden würden. Diese Gerüchte sind nach einer an zuständiger Stelle in Berlin eingezogenen amtlichen Erkundigung völlig unbegründet und zu irgendwelchen Besorgnissen dieser Art ist auch nicht der geringste Anlaß vorhanden. Im Gegenteil würde, sobald die Erhöhung der Mieten in Annäherung an die Friedensmiete weitere Fortschritte macht, dem Rechnung getragen werden. An einer mindestens 14tägigen Auszahlung der Gehälter soll nicht gerüttelt werden. Im übrigen ist der Lübeckische Gesandte angewiesen, immer wieder mit Nachdruck für eine Erhöhung der Gehälter einzutreten." — So fein versteht der neue Nachrichtenamtsleiter Prof. Mahn den Beamten Honig um den Bart zu schmieren. Ja, etwas muß man doch für sein Geld tun.

„Die Jüngsten".

Wir werden um Aufnahme dieser Zeilen gebeten:

Die Randbemerkungen in Nr. 18 des „Volksboten" zu den literarisch musikalischen Abenden des Stadttheaters, die mir erst eben bekannt werden, geben mir Veranlassung, auch meine, resp. der Museumsverwaltung Stellung zu diesen Abenden zu präzisieren. Die obere Diele des Behn-Hauses ist auf ihr Ersuchen der Intendanz für 6 Abend vermietet worden; die Verantwor-

tung trägt laut vertraglicher Abmachung allein die Intendanz. Das uns mündlich skizzierte Programm erschien uns in hohem Maße unterstützungswürdig, den Text der Einladung selbst erhielten wir trotz dringlicher Anforderung erst vor wenigen Tagen. Der Geist dieser Ankündigung ist nicht der unsere und wir bedauern ihn lebhaft. Das Behn-Haus ist eine Stiftung wohlhabender Lübecker Bürger — aber nicht als ein Reservat für bestimmte Kreise, sondern als ein Volkskunsthaus für jedermann. Zu unserer Freude hören wir, daß Dr. Hartmann sich entschlossen hat, die Abende für jugendliche Hörer zu wiederholen. Die „Jüngsten" nur vor den Ohren der älteren Generation (die allein den Eintrittspreis aufbringen kann), das wäre allerdings fast noch ärger als der Mißklang zwischen revolutionärem Poetenpathos und modischer Gesellschaftstracht.

Zur Sache selbst aber wäre zu sagen, daß alle künstlerisch interessierten Kreise (mit und ohne Frackanzug) die Initiative von Dr. Hartmann und Dr. Endres freudig begrüßen sollten. Die Entgleisung der Ausmachung darf nicht dazu führen, die außergewöhnliche Bedeutung zu verdecken, die wir in dem ernsthaften Bemühen erblicken müssen, endlich auch in Lübeck für die junge deutsche Literatur zu werben, die aus den stärksten Strömen zeitgenössischen Empfindens gespeist wird. Seit Dr. Hartmanns Berufung nach Lübeck haben wir ein Theater von weit über provinzieller Bedeutung. Es zu behalten oder zu verlieren, ist für Lübeck eine kulturelle Lebensfrage. Das kann nicht oft und nicht laut genug gesagt werden, denn noch wissen es die wenigsten. Aergerlich zu sein im Lob und im Tadel ist Spießerart; Urteil aus Vorurteil hemmt jeden Fortschritt. Möchten nach Reinigung der Atmosphäre durch eindeutige Verwahrung gegen jeden klassenbeschränkten Kunstgenuß auch die Behn-Haus-Abende ihre rein und leidenschaftlich nur der Sache hingegebene Hörerschaft finden.

Dr. Carl Georg Heise.

An die Landarbeiter des Kreises Lübeck.

Mitteilung der Kreisleitung an die Ortsgruppen.

Am 30. Januar finden wieder Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages für die Landwirtschaft statt. Näheres werden die Kollegen im Landboten und in den Versammlungen erfahren. Die Abrechnungen für Januar müssen umgehend eingesandt werden. Für Februar erhalten die Gruppen Lokalmarken zur Deckung ihrer Unkosten. Das andere Geld muß restlos ohne Ausnahme eingesandt werden. Vorsicht ist auch bei Annahme von Notgeld zu beobachten, denn die Gültigkeit ist für vieles Geld bald abgelaufen.

Kollegen, beteiligt Euch rege an der **Berichterstattung für den Landboten** und bringt alle Sachen, die Interesse für die Kollegen haben an die Redaktion.

Ueber das Notgeld bringen wir unsere frühere Notiz in Erinnerung:

Im Einvernehmen mit den Landesbehörden ruft nunmehr das Reichsfinanzministerium das wertbeständige, auf Goldmark lautende Notgeld, dessen Aussteller in den Provinzen **Brandenburg, Pommern, Schleswig-Holstein**, in den unbesetzten Teilen der **Rheinprovinz**, der Provinz **Westfalen**, in den Ländern **Mecklenburg-Schwerin, -Strelitz, Thüringen, Anhalt, Bremen** und **Lippe** ihren Sitz haben, mit Wirkung vom 25. Januar ab auf. Die Einlösungsfrist dieses Notgeldes läuft bis zum **24. Februar** dieses Jahres. **Ausgenommen** bleibt das Notgeld der deutschen Reichsbahn und das Notgeld des **preußischen Staates**. Zur Behebung von Zweifeln wird amtlich bemerkt, daß sowohl das auf Papiermark lautende Notgeld (Gutscheine der Reichsbahndirektion und Papiernotgeld der Reichsbahn) wie auch das wertbeständige Eisenbahnnotgeld bis auf weiteres nicht aufgerufen werden und deshalb im Umlauf bleiben, auch dann, wenn auf den Scheinen ein bestimmter Einlösungstag genannt ist.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Hansa-Theater. „Die Bachusnacht", Operette in 3 Akten von Granichstaedter, gelangt nur noch an 4 Abenden, heute Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag mit Ludwig Ziegler und Gertrud Seewalt-Schultze als Gäste zur Aufführung. Auf das heutige Inserat — Auszug der Kritiken der hiesigen Presse — sei ganz besonders hingewiesen.

Stadt-Theater. Heute, Montag, für die Volksbühne: „Die Ratten". Dienstag: „Der Zigeunerbaron" mit Max Hermann als Czupan, den Barinskay singt Herr Kopp. Mittwoch: „Die Ratten".

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Der Bergedorfer Kommunistenputsch. 84 Bergedorfer Kommunisten sollten sich vor der Hamburger Strafkammer wegen Landfriedensbruchs, Teilnahme an einer öffentlichen Zusammenrottung und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verantworten. Unter ihnen befanden sich Frauen und Jugendliche von 15 Jahren ab. Am 23. und 24. Oktober v. J. drangen sie in Bergedorf und Sande in verschiedene Fabriken ein, um den verkündeten Generalstreik zu erzwingen. Das Gericht erklärte sich für unzuständig und verwies die Strafsache an den Staatsgerichtshof auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik und der Verordnung vom 26. November 1923. Das Gericht befundete, es hege keinen Zweifel, daß die Vorgänge in Bergedorf nicht als lokaler Putsch anzusehen seien, sondern im Zusammenhang mit den sonstigen Ausschreitungen an anderen Orten stehen. Die kommunistischen Unruhen hätten den Zweck verfolgt, den Generalstreik durchzusetzen und die Regierung zu stürzen.

Laage. (Mecklbg.) Raubmord. Auf der Feldmark Altkaetwin fand am Mittwoch eine Treibjagd statt. Treiber stießen dabei an einer Stelle, etwa 50 Meter von der Rostock-Laager Chaussee entfernt auf die Leiche eines Mannes. Es handelt sich um eine anscheinend dem Arbeiterstande angehörende Persönlichkeit in den 40er Jahren. Die Leiche war mit einem Mantel bedeckt, die Kehle war durchschnitten. Es fehlen jegliche Papiere und Wertsachen; das Portemonnaie des anscheinend ermordeten lag unweit der Leiche ohne jeglichen Inhalt. Die Leiche muß schon etwa vier Wochen gelegen haben.

Itzehoe. Verhaftung eines Kommunistenführers. Freitag abend ist der Kommunistenführer, Stadtverordneter Jarren auf Anordnung des Wehrkreiskommandos Stettin verhaftet worden. Ob die Verhaftung im Zusammenhang mit den letzten hier verübten Handgranaten-Attentaten steht oder auf kommunistische Agitation, die Jarren in der hiesigen Reichswehr getrieben haben soll, zurückzuführen ist, ist noch nicht bekannt. Die Kommunisten verlangten in der Sitzung der Stadtverordneten-Kollegien die sofortige Haftentlassung ihres Führers. Als der Bürgermeister dies ablehnte, verließen sie demonstrativ den Saal.

Sozialpolitische Betrachtungen über die Grundlagen wissenschaftlicher Betriebsführung.

Wir wollen in der folgenden Artikelreihe Probleme behandeln, die bei der gegenwärtigen ungünstigen Lage des Wirtschaftslebens einem allgemeinen besonderen Interesse begegnen dürften.

In letzter Zeit hat von den verschiedensten Seiten ein Ansturm auf die Errungenschaften der Sozialpolitik eingesetzt. Es sollen keinesfalls die augenblicklichen Schwierigkeiten der Wiederingangsetzung der Wirtschaft verkannt werden. Da nun aber von maßgebenden Persönlichkeiten der Wissenschaft und der Praxis seit einigen Jahren die „wissenschaftliche Betriebsführung" als ein Mittel zur Heilung und Hebung der Wirtschaft gepriesen wird, so dürfte ein Abwägen der Meinungen, ob dabei die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft auch zu ihrem Recht kommen, sehr wohl am Platze sein.

1. Das Wesen und die wirtschaftliche Bedeutung des Taylor-Systems für Kapital und Arbeit.

Wenn wir zu dem Taylor-System, der **wissenschaftlichen Betriebsführung**, den richtigen Abstand gewinnen, und seine grundlegende Wesensverschiedenheit von den bisherigen Arbeitsmethoden übersehen wollen so werden wir am zweckmäßigsten zunächst einmal den Lebensgang des **geistigen Urhebers dieses Systems** selbst verfolgen. Im Reich der Arbeit, zwischen zwei diametral gegenüberliegenden und einander hinter bekämpfenden Triebkräften stehend, nämlich dem zur Ausnutzung der Arbeitskraft neigenden Willen des Unternehmertums und andrerseits der dieser Tendenz Widerstand leistenden Kraft der Arbeiterschaft, so ist der junge Taylor auf die großen Gegensätze gestoßen, die seit **Beginn des kapitalistischen Zeitalters** zerstörend wirken und wertvolle Energien des Arbeitsprozesses nutzlos vergeuden.

Frederic Wienslow Taylor wurde am 20. März 1856 in Germantown, dem Deutschenviertel Philadelphias, geboren. Er hatte sich zuerst zum Hochschulstudium entschlossen und vorbereitet, wurde aber aus gesundheitlichen Rücksichten verhindert, die Universität zu beziehen. Er trat deshalb als Lehrling in eine Modellschreinerei und später in eine Eisendreherei ein. 1878 mußte er diese Stellung, der schlechten Konjunktur wegen, mit dem Posten eines gewöhnlichen Arbeiters in der Maschinenfabrik der Midvale Steel Co. vertauschen. Hier übertrug man ihm nach kurzer Zeit auf Grund seiner Schulbildung den Posten eines Bureausekretärs. Jedoch trat er schon bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit wieder als einfacher Dreher zur Werkstatt zurück. Da er angeblich an der Drehbank tüchtiger war und mehr Arbeit leistete als die meisten übrigen Arbeiter, so rückte er nach einigen Monaten in eine Meisterstelle auf. In der Werkstatt, der er vorstand, wurde von den Arbeitern in Akkordlohn gearbeitet. Gemäß gemeinsamer Verabredung der Arbeiter untereinander wurde, wie man sich später erzählte, aber nur wenig geleistet, um die kalkulierten Stückpreise nicht durch eigene Schuld noch mehr zu drücken. Hier setzte nun Taylor, trotz des energischen Gegenkampfes der Arbeiter, die einzelnen Grundlagen seines überlegten Systems zuerst in die Praxis um und baute es dann später weiter aus. Auch der von ihm erfundene sogenannte Schnelldrehstahl wurde in diesen Werkstätten erprobt. Später führte er gemeinsam mit seinen zahlreichen Assistenten seine Fabrikorganisation in den verschiedensten Betrieben Amerikas ein. Wegen seiner Verdienste um die von ihm erdachte Fabrikorganisation wurde er im Laufe der Jahre zum Ehrenpräsidenten verschiedener Gesellschaften und zum Ehrendoktor der Universität Philadelphia ernannt. Frederic Taylor starb 1916 in Philadelphia.

Das Hauptverdienst Frederic Taylors besteht nun darin, daß er den inneren Aufbau der industriellen Güterumwandlung in seinem tiefsten Sinn erfaßt hat. Er sieht in dem **industriellen Unternehmen einen lebendigen Organismus, mit dem Willen ausgestattet**, um mit den aufgewendeten Mitteln auch das Vollkommenste erreichen zu können. Nach seiner Auffassung bleibt dieser Organismus nur solange gesund, als seine einzelnen Glieder gesund bleiben und sich wohl und zufrieden fühlen. Die unerläßliche Voraussetzung hierfür sieht Taylor in der wahrhaft harmonischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die **Wissenschaft von der Arbeit** steckt freilich auch heute noch in ihren Anfängen. Sie ist aber dazu angetan, um Industrie und Handwerk auf eine neue Grundlage zu stellen. Während nun auf der einen Seite das Taylorsystem für viele zu einem wirtschaftlichen Glaubensbekenntnis wurde, entstand ihm vielfache **entschiedene Gegnerschaft in Gewerkschaften** und großen Arbeiterkreisen, ob mit Recht, bleibt den folgenden Untersuchungen vorbehalten, die in ihm eine Art Hetzpeitsche und Ausbeutung erblickten, um aus dem Arbeiter, im Interesse des Unternehmers, die letzte Kraft ohne Rücksicht auf Gesundheit und Lebensdauer herauszuholen.

Das Taylorsystem ist **kein starres, fertiges Lehrgebäude.** Taylor selbst ist der Meinung, daß nach ihm andere kommen werden, die sein System weiter führen, oder Besseres an seine Stelle setzen. Denn jeder Fortschritt trägt schon den Keim zu höheren Stufen in sich. Heute heißt es an allen Eden und Enden Deutschlands: Mehr arbeiten! Den Weg dazu versucht auch Taylor uns zu zeigen. Mit der Ausbreitung des allgemeinen Interesses an dem Gegenstande unserer Untersuchung ist auch der Ausdruck **„Wissenschaftliche Betriebsführung"** vielfach zugleich an Stelle von **„Taylor-System"** auf das neue Verfahren angewandt worden. Im großen und ganzen versteht man darunter eine **Wissenschaft vom Leiten.** Eine noch zutreffendere Deutung des Namens wäre die, daß man darunter ein **Leiten unter Anwendung wissenschaftlicher Verfahren** versteht, Verfahren, die ihren Ursprung in ausgedehntem Maße von den Wissenschaften der **Physik, Technologie** und **Psychologie** herleiten. Der Ausdruck **„Arbeitsparendes Leiten"** bringt vielleicht das, was die Wissenschaft bedeuten soll, noch besser zum Ausdruck. Er hat den weiteren Vorteil, wegen seiner großen Aehnlichkeit mit dem Ausdruck **„Arbeitsparende Maschinen"** leichter verstanden und behalten zu werden. Von den Ausdrücken „Arbeitsparende Maschinen" und „Arbeitsparendes Leiten" bezeichnet der erstere die zurückliegende Entwicklung, der zweite die gegenwärtige Richtung in der Wirtschaft. Beide müssen, wenn man in Zukunft mit Erfolg in der Industrie arbeiten will, innigst miteinander verbunden angewandt werden. Die „Wissenschaftliche Betriebsführung" erstreckt sich also in ihrer höchsten Entfaltung auf die Fabrik oder Industrie in ihrer vollen Gesamtheit, indem sie die **Verdienstmöglichkeiten** vermehrt, die in der Form von Löhnen an den Arbeiter und in der Form von Reingewinn an den Unternehmer fließen. Es sollen also die Einnahmen eines jeden der beiden Beteiligten vermehrt werden, ohne daß sich theoretisch eine der Parteien auf Kosten der anderen bereichert hat. Voraussetzung hierfür ist aber, daß man die **Produktivität des Werkes steigert**, unter verständigem Zusammenarbeiten von Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

In ihrem innersten Wesen erfordert fraglos die „Wissenschaftliche Betriebsführung" eine **vollkommene Aenderung der Geisteseinstellung** von seiten aller **Arbeitnehmer**, ganz gleich an welcher Stelle sie auch beschäftigt sein mögen, in bezug auf die Pflichten, die sie gegenüber ihrer Arbeit, ihren Mitarbeitern und ihrem Arbeitgeber zu erfüllen haben. Und auf der anderen Seite erfordert sie gleicherweise eine **vollständige Aenderung der Denkweise der Arbeitgeber** und vor allem der Leiter der Unternehmungen. Ohne dieses grundsätzliche Umdenken auf beiden Seiten ist „Wissenschaftliche Betriebsführung" überhaupt nicht denkbar und nicht durchzuführen. Wenn der Arbeitgeber die Meinung haben sollte, daß „Wissenschaftliche Betriebsleitung" nur ein Verfahren ist, das dazu dient, die Arbeiter noch stärker anzuspannen, so tut er besser daran, von jeder Betrachtung dieser Frage von vornherein Abstand zu nehmen. Wenn andererseits der Arbeiter der Meinung ist, daß dieses nur ein ausgeklügeltes Mittel sei, ihn physisch und moralisch zu plagen und auszunutzen, so befindet auch er sich bewußt oder unbewußt in einem großen Irrtum, da er hiernach die Gedankengänge nicht richtig erfaßt hat. Es ist für beide Teile unumgänglich nötig, daß sie ihre Ansichten hierüber ändern und den wahrhaften Wunsch empfinden, sich einander so weit wie irgend möglich zu nähern und zu unterstützen. Wenn diese Sinnesrichtung in beiden beständig geworden ist, dann erst erfüllt die „Wissenschaftliche Betriebsleitung" ihren eigentlichen Zweck. Die große Scheidung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen Kapital und Arbeit ist alsdann, wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch stark gemildert.

In Anwendung der dem industriellen Organismus zugrunde liegenden Gesetze, erhebt nun Taylor verschiedene Forderungen zur **Grundlage seines Systems.** Nach seiner Auffassung muß die Verantwortung für die Ausführung der Arbeiten so geteilt werden, daß die Verwaltung alle Vorarbeiten besorgt, die den Arbeiter entlasten und ihm zugleich die besten, durch technische Wissenschaft und Erfahrung zurzeit bekannten Arbeitsverfahren angibt. Der Arbeiter wiederum muß von diesen Vorteilen bestmöglichsten Gebrauch machen und die Einhaltung der zu erzielenden Zeitersparnisse unterstützen. Die Tagesleistung, die vom Arbeiter auf die Dauer ohne gesundheitliche Schädigung erwartet werden kann, ist durch gewissenhafte Untersuchung festzustellen. Zur Durchführung seiner Grundsätze gibt Taylor nun folgende Wege an:

1. Die Auswahl der Arbeiter nach ihrer Eignung für jede besondere Tätigkeit, sowie ihre Aus- und Weiterbildung wird systematisch durchgeführt.

2. Jede Werkstattbestellung wird vor der Ausführung in Teilarbeiten zerlegt und für jede Teilarbeit werden wiederum die günstigsten Erzeugungsbedingungen festgestellt und auch entsprechende Zeitstudien angestellt.

3. Diese **„Arbeitszerlegung und -anweisung"** geschieht in einer besonderen Werksabteilung, dem sogenannten Arbeits- oder Betriebsbureau, durch eigens hierfür vorgebildete Beamte und Ausgabe von Anleitungskarten.

4. Die Verantwortung für die Ausführung der Arbeit nach dem im einzelnen festgelegten günstigsten Plan wird auf mehrere „Funktionsmeister" verteilt, von denen ein jeder nur einen bestimmten Teil der früher einem Meister zufallenden vielfachen Tätigkeiten ausübt.

5. Das Lohnsystem muß derart sein, daß es als gerecht empfunden wird und den Arbeiter an der Benutzung aller zeitsparenden Einrichtungen interessiert, ohne ihn zu einer gesundheitsschädigenden Anspannung seiner Kräfte zu verleiten. Grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, daß die Anwendung der Taylorschen Organisation nicht an ein bestimmtes Lohnsystem gebunden ist.

Sch.

Vermischte Nachrichten.

Großer Werftbrand. Aus Berlin wird gemeldet: Die Segel- und Motorbootwerft Archimedes am Tegler See ist durch Feuer vollständig zerstört worden, wobei über 700 Boote vernichtet wurden.

Großfeuer in Mariendorf. Die Motorenfabrik von Siemens u. Halske niedergebrannt. Sonntag früh brach in der Zweigstelle der Motorenfabrik von Siemens u. Halske in der Straße 94 in Mariendorf ein Großfeuer aus. Die Ursache des Brandes wird auf Kurzschluß in der Nähe des Transformators zurückgeführt. Die Flammen verbreiteten sich außerordentlich schnell auf sämtliche Räume des Gebäudes, so daß es vollständig ausbrannte und alle Maschinen, die dort aufgestellt waren, vernichtet worden sind. Die Ausdehnung des Brandes ist darauf zurückzuführen, daß ein Teil der Wasserleitungen eingefroren war. Die Brandstelle bedeckt eine Fläche von 6000 Quadratmeter Größe. Sie bildete ein einziges Flammenmeer, das eine solche Hitze ausstrahlte, daß man sich der Brandstelle nur mit großer Gefahr nähern konnte. Gegenstände, die in einer Entfernung von 20 Metern von der Brandstelle lagerten, fingen plötzlich Feuer.

Ein Raubmörder festgenommen. Der langgesuchte Raubmörder und Mordbrenner Schlosser Otto Kagerbauer ist in Moosburg verhaftet worden. Der Festgenommene hat bisher eingestanden, in den Jahren 1920 bis 1922 mit Hilfe seines Bruders drei Raubmorde begangen zu haben. Sein Bruder befindet sich zurzeit unter dem Verdacht des Kindesmordes in Untersuchungshaft in Landshut.

Todesstrafe für Kindesmord. — Das erste Todesurteil einer Strafkammer. Die Strafkammer Bernburg verurteilte den Landwirt Friedrich Fischmann wegen Mordes, begangen an seinem Sohne Alfred, zum Tode. Der Angeklagte war beschuldigt, seinen Sohn auf seinem an der Saale gelegenen Acker mit der Rübengabel auf den Kopf geschlagen zu haben und den so Betäubten unter Beihilfe seines jüngsten Sohnes, der ebenfalls unter Anklage stand, in die Saale geworfen zu haben. Zur Vertuschung der Tat hatten die Unmenschen den Unglücklichen bis auf Strümpfe und Weste ausgezogen und die Kleidungsstücke dann verbrannt. Der Angeklagte Fischmann sen., ein verkommener Mensch, leugnete standhaft seine Schuld. Der junge Fischmann erhielt zwei Jahre Gefängnis wegen Beihilfe. Das Urteil ist nach der Notgerichtsverordnung sofort rechtskräftig. Es dürfte das erste Todesurteil sein, das in Deutschland von einer Strafkammer gefällt worden ist.

Bergwerkskatastrophe in Amerika. Wie der Draht aus London meldet, sind bei einer Gasexplosion in einem Bergwerk von Westfrankfurt (Staat Illinois) 30 Grubenarbeiter umgekommen. 250 wurden gerettet, zum Teil mit schlimmen Brandverletzungen.

Flugzeug-Katastrophe in Petersburg. Während eines Uebungsfluges stürzte der Aeroplan „Sopwitsch" infolge fehlerhaften Umgehens der Flieger aus bedeutender Höhe ab. Das Flugzeug wurde vollständig zertrümmert, von den beiden Fliegern wurde der eine schwer, der andere nur leicht verletzt.

Hebung versenkter Schiffe im nördlichen Eismeer. Während des Weltkrieges sind durch deutsche U-Boote an der russischen Murman-Küste 170 Schiffe versenkt worden, welche mit Munition für das russische Heer aus den Ententeländern nach Archangelsk unterwegs waren. Die Sowjetregierung hat, wie der Ost-Expreß mitteilt, beschlossen, Versuche zur Hebung dieser Schiffe oder wenigstens eines Teils derselben unternehmen zu lassen.

Demonstrationen gegen die Teuerung in Frankreich. Die „Berliner Börsenzeitung" läßt sich aus Paris berichten: Nach Pariser Blättern haben am letzten Sonnabend in der französischen Hauptstadt sehr eindrucksvolle Kundgebungen gegen die Teuerung und diejenigen, welche „daran schuld sind", stattgefunden. Um zehn Uhr vormittags fuhren von verschiedenen Punkten in der Stadt riesige mit großen Plakaten versehene Autos auf die Plätze, wo Märkte abgehalten wurden und durch die Hauptverkehrsstraßen, vor allem der von der ärmeren Bevölkerung bewohnten Viertel. Natürlich scharten sich die Hausfrauen überall zusammen, um mit

lauter Zustimmung die verschiedenen Inschriften und „Forderungen" zu wiederholen. Dabei handelte es sich nicht um eklatante Märkte 1 Fr. 15." „Der Kohlkopf beim Bauern 4 Sous, auf dem Markte 1 Fr. 15." „Die Milch 1914 25 Centimes, heute 1 Fr." Im Laufe des Vormittags kam es dann zu größeren Ansammlungen, bei denen auch Vertreter der Beamtenschaft wieder ihrer schweren Unzufriedenheit Ausdruck gaben. Und wie der Sekretär des Postbeamtenverbandes Digat erklärt, handelt es sich um die ersten Anfänge einer Bewegung, die bald großen Umfang annehmen werde.

Das größte Hotel der Welt. In Chicago ist man jetzt dabei, ein Riesenhotel zu bauen, dessen räumliche Ausmaße ihresgleichen nicht in der Welt haben dürften. Das Kolossalgebäude wird 32 Stockwerke zählen und nicht weniger als 4000 Zimmer enthalten. Es wird in verschiedene Gruppen geteilt, von denen die eine als Heim für Ledige gedacht ist und diesen neben 800 Zimmern eine Arena für Sportspiele und mit allem Komfort ausgestattete Bäder zur Verfügung stellen soll. Im Speisesaal werden 2000 Personen Platz finden. Die Kosten des Baues werden auf 4½ Millionen Dollar veranschlagt.

Der Lohn für die Mörder Wallensteins. Deutsch-böhmische Zeitungen veröffentlichen die Ergebnisse neuer Archivforschungen zur Aufhellung der Ermordung Wallensteins. Daß die Mörder nicht von politischen Erwägungen geleitet waren, stand zwar lange fest; jetzt erfährt man in allen Einzelheiten die rein geschäftsmäßigen Verhandlungen zwischen dem Hof und den zum Teil sehr hochgestellten Schandgesellen. Die vereinbarten Preise wurden nach vollendeter Tat vom Wiener Hof genau ausgezahlt, und zwar verteilte sich der Blutlohn folgendermaßen auf die Vollführer und Helfer: Oberst Buttler erhielt (dem heutigen Geldwert entsprechend) 1 Million Kronen und die Herrschaft Doxy mit Pernstyn und Destna; Oberstleutnant Leslie 650 000 Kronen und die Herrschaft Nove Mestona; M. Graf Colloredo 1,5 Millionen Kronen und die Herrschaft Opocno; Graf Schlick 2,2 Millionen Kronen, die Herrschaft Velis und Stare Hrady und die Gutsbesitze Ploslovice und Sobenice; Graf M. Gallas 4,5 Millionen Kronen und die Herrschaften Friedland, Reichenberg, Smirice, Horincves, Sadova, Zizelcves und ein Haus in Prag; Hauptmann Deveroux 200 000 Kronen und die Gutsbesitze Dobroditow, Chlum und Krohlebr; Graf Piccolomini 1 Millionen Kronen und die Herrschaft Nachod; Graf Isolano 800 000 Kronen und die Herrschaften Böhmisch-Aicha und Friedstein; Graf Aldringen 500 000 Kronen, die Herrschaft Teplitz und ein Haus auf dem Hradschin. Im ganzen kostete die Ermordung Wallensteins außer den Herrschaften und Gutsbesitzen 15 084 000 Kronen, dann das Vermögen, das Wallenstein bei seiner Ermordung in Eger bei sich hatte, zahlreiche Titel und schließlich 3000 Seelenmessen, die Kaiser Ferdinand II. für die Seele des Ermordeten lesen ließ. Noch heute befinden sich eine Reihe von Familien in Böhmen im Besitz der Herrschaften und Vermögen, zu denen die Mordprämien den Grund gelegt haben.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten" zu beziehen.)

Ein Kommentar zur Verordnung über das Schlichtungswesen. Mitte Februar wird ein Kommentar zu der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 erscheinen, dessen Bearbeitung der in Partei- und Gewerkschaftskreisen durch seinen Kommentar zum Betriebsrätegesetz gut bekannten Dr. G. Flatow, Ministerialrat im preußischen Handelsministerium zusammen mit R. Joachim, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium übernommen haben. Der Kommentar wird außer der Verordnung sämtliche bisher veröffentlichte Ausführungsbestimmungen und die Bestimmungen über Entlastung der Schlichtungsausschuß- und Schlichterbezirke enthalten. Die beiden Verfasser, die an der Entstehung der Verordnung tätigen Anteil genommen haben, bürgen für eine gute brauchbare Arbeit, die, da ein Kommentar zu dieser Verordnung von allen Kreisen dringend erwartet wird, die mit arbeitsrechtlichen Fragen zu tun haben, unbedingt benötigt wird. Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat deshalb den Vertrieb des Buches in Partei- und Gewerkschaftskreisen übernommen. Der etwa 200 Seiten starke Kommentar wird etwa 3 Mk. kosten.

„Lachen links", das republikanische Witzblatt, hat zum 27. Januar eine Kaisersgeburtstagsnummer herausgegeben, deren Clou eine in allen Facetten großer Satire leuchtende „Niopopiop" von Arno Holz darstellt. Karl Holz zeichnete Illustrationen zu den Memoiren des ehemaligen Hofmarschalls Zedlitz-Trützschler, Mich. von Lindenhecken hat ein Geburtstagsgedicht geschrieben, das sich gewaschen hat. Der übrige Inhalt der illustrativ und textlich hervorragenden Nummer behandelt die Themen des Tages in schlagender witziger Weise. „Lachen links" ist in der Buchhandlung des Lübecker Volksboten zu haben. Preis 25 Pfennig.

Theater und Musik.

1. Behn-Abend.

Die Bestrebungen der Theaterleitung, dem Lübecker Publikum die Werke der Jüngsten zugänglich zu machen, verdienen gewiß Beachtung und Förderung; bedauerlich bleibt, daß solches Unternehmen auf die stimmungsvollen, aber viel zu beschränkten Räumlichkeiten des Behn-Hauses angewiesen ist, die den Kreis derer, die gern einmal Einblick nehmen möchten in die Welt der jüngsten Schöpfungen, nicht zu fassen vermögen. Und um es sogleich zu sagen: dem am Sonnabend abend zu Gehör gebrachten, größere Besetzung erfordernden Instrumental-Werke waren jedenfalls die akustischen Verhältnisse des Raumes nicht sonderlich günstig. —

Wohl nur wenige Besucher werden von der Paul Hindemithschen Kammermusik opus 24 I für kleines Orchester einen nachhaltigen Eindruck mitgenommen haben. — Mozart hat gesagt, die „Melodie ist das Urprinzip aller Musik" oder so ähnlich — der Mann mag Unrecht haben, aber wer so wenig melodische Erfindung, solche Ausdrucksleeren in der Thematik, solche quetschende Langeweile wie beispielsweise im dritten Satz aufweist wie Paul Hindemith in dieser „Kammermusik", der sollte der Oeffentlichkeit mit dem Anhörenmüssen solcher Experimente nicht lästig fallen. Gegenüber der Ueberheblichkeit derartiger Schöpfungen, die anscheinend mit der Gutmütigkeit der Hörer spielt, gegenüber der Anmaßung gewisser Kreise, die unserer beschränkten Einsicht hier das Heil predigt, bekenne ich mich zu dem Wagner-Wort: „nicht aber der versteckte Groll, sondern eine offen erklärte und bestimmt motivierte Feindschaft ist furchtbar". Oswald Spengler hat über diese Epigonen-Musiker ohne Musik ein scharfes Wort geprägt — ich war so frei, es schon einmal zu zitieren. — Das kleine Orchester gab sich erdenkliche Mühe, der Komposition gerecht zu werden. Der jugendliche Dirigent, Herr Hans Bernsten, verriet Talent und starkes Einfühlungsvermögen, war aber vor Unruhe — so in dem ewig und unnötig bewegten linken Arm — nicht frei. Die Hindemithschen beiden Lieder begleitete er zu stark; Frl. Margarete Bruhn gebührt für den verständnisvollen Vortrag lebhafte Anerkennung. — — Ungleich stärkere Wirkung löste die von Mitgliedern des Schauspiels vorgelesene Tragödie „Der Tag des Zorns" von Alfred Brust aus. Trotz der zahlreichen Widerstände, die ein noch so gutes Vorlesen bringt, fand die gedankliche Kraft dieses gedankenreichen Werkes lebendigen und mitreißenden Ausdruck. Die Sehnsüchte einer dem Untergang geweihten Stadt, das Ueberwinden des Materialismus, das Vertrauen auf das erlösende Gute, auf Gott-Natur, steigerten sich am Schluß zu einem Hymnus von bezwingendem Ernst und von eindringlicher Feierlichkeit. Von geheimnisvoll loderndem Pathos und von ethischem Fühlen getragene Worte entströmen dem Munde dieses Dichters, mit dem uns Herr Dr. Fritz Endres in einer knappen und klaren Einführung, alles Wesentliche geschickt beleuchtend, bekannt machte. So gewannen die Absichten der Dichtung wesentlich an Verständlichkeit und Wirkung; übrigens will nach einer Regiemitteilung auch hier die Bühnenaufführung auf Orgel-Spiel nicht verzichten — ich dächte, die Melodram-Sentimentalität von vorgestern sei längst überwunden? — Die Zuhörer dankten allen Mitwirkenden sehr herzlich. H.

Schafft Munition herbei!

Parteigenossinnen und Parteigenossen!

Ihr wißt: am 10. Februar wird entschieden, ob die Sozialdemokratie weiter oder ob die Reaktion den entscheidenden Einfluß in Lübecks Parlament haben soll. Bedenkt: Diese Frage ist für alle Schaffenden zweifelsfrei. Die Sozialdemokratie muß siegen! Ihr müßt, ob ihr wollt oder nicht, notgedrungen mithelfen, den Kampf restlos zu entscheiden. Ihr seid um Eurer selbst willen gezwungen, die Schlappe beim Volksentscheid wieder auszuwetzen!

Ihr müßt mitarbeiten! Müßt mit aller Kraft für unsere gerechte Sache kämpfen! Jeder, der Kritik üben will, muß zuvor im Kampfe gestanden haben, darf nichts unterlassen, auch den Nächsten, den Freund und Bekannten für unser Schaffen, für unser Ziel anzuspornen und zu begeistern.

Ihr wollt unsern Sieg!

Dann müßt Ihr auch mit tätig sein! Ob Frau, ob Mann, alt oder jung, erste Pflicht ist, freiwillig unser Wollen und Tun zu unterstützen. Mit Hand und Kopf, auch soweit es möglich ist, mit Geld.

Drängt Euch heran! Leistet Parteiarbeit, schafft Mittel. Sind sie auch beschränkt, viel wenig gibt ein Mehr! **Meldet Euch zu täglicher Kleinarbeit im Parteisekretariat,** Johannisstraße 48. Helft mit, den gegnerischen Schwindel zu zerreißen.

Kämpft täglich und stündlich gegen die volksfeindlich gesinnte Kapitalistenclique, kämpft für Freiheit und Recht, kämpft für Euer Geschick! Schon jubelt der siegessichere Gegner. Ringt ihn nieder! Verschafft Lübecks Proletariat den alten stolzen Ruf als sozialdemokratische Hochburg.

Parteigenossinnen und Genossen: Heran an den Feind!

Das Parteisekretariat.

Volkswirtschaft.

SPD. Im Laufe des Jahres 1923 haben sich die Produktionsziffern der einzelnen Länder für die **Stahl- und Eisenerzeugung** wesentlich verändert. Im Jahre 1922 produzierte Amerika 51,7 Prozent, Deutschland 15,4 Proz., Frankreich 9,9 Proz. und England 9,4 Proz. der gesamten Eisenmengen. Deutschland stand also mit 15,4 Proz. an zweiter Stelle. Infolge der Ruhrbesetzung und der deutschen Preisbildung verringerte sich die Eisenerzeugung Deutschlands im Jahre 1923 auf 6,2 Proz. und die Frankreichs auf 7,7 Prozent, während Amerika und England die Produktion auf 61,2 bezw. 11,4 Proz. steigern konnten. Deutschland steht also mit noch nicht rund dem sechzehnten Teil der gesamten Eisenerzeugung der Welt an vierter Stelle hinter Amerika, England und Frankreich. Aehnlich ist die Entwicklung in der Stahlerzeugung. Deutschland produzierte im Jahre 1923 noch 14,3 Proz. der Gesamtproduktion und stand, wie in der Eisenerzeugung, nach Amerika (56,4 Prozent) an zweiter Stelle. An dritter bezw. vierter Stelle standen England mit 9,3 Proz. und Frankreich mit 7,1 Prozent. Das Jahr 1923 brachte eine Steigerung der Stahlproduktion für Amerika und England und zwar erhöhte Amerika seine Erzeugung auf 61,2 Proz. und England, das im Jahre 1923 die zweite Stelle einnimmt, auf 11,7 Prozent. Deutschland behauptet mit 6,9 Proz. vor Frankreich, das 6,5 Proz. produzierte, die dritte Stelle.

Die Statistik zeigt, daß Deutschland, wie auch Frankreich, infolge der Ruhrokkupation erhebliche Produktionseinbußen erlitten haben, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß in Deutschland der Export durch die Preisübersetzung gedrosselt wurde, während in Frankreich infolge der Inflation Entwicklungsmöglichkeiten vorhanden waren.

Die drei großen Häfen Europas, Hamburg, Antwerpen und Rotterdam, wiesen in den Jahren 1922 und 1923 folgende Bewegung auf:

	Zahl der Schiffe			Gesamttonnage		
	1922	1923		1922	1923	
Hamburg	10 838	12 340	+ 1 502	13 005 184	15 400 923	+ 2 395 739
Antwerpen	8 323	9 351	+ 1 028	15 050 182	17 849 098	+ 1 749 916
Rotterdam	8 462	8 069	— 393	12 338 016	11 401 865	— 936 151

Während also der deutsche und der belgische Hafen eine Zunahme der ein- und auslaufenden Schiffe und der Tonnage aufweisen, hat das niederländische Rotterdam einen Rückgang zu verzeichnen. Hamburg steht, soweit die Zahl der Schiffe in Frage kommt, an der Spitze, wird aber in der beförderten Tonnage von Antwerpen überholt. Das ist ein Beweis dafür, daß sich Hamburg mit kleineren Schiffen behelfen muß, während die großen internationalen Ueberseedampfer statt in Hamburg in Antwerpen anlaufen.

Trotz der vorgenommenen Reduzierung der Erzeuger- und zum Teil auch der Großhandelspreise lagen die **Kleinhandelspreise** im Verlaufe des Monats Januar noch weit über dem Friedensstand. Auf Grund der Angaben des Statistischen Amtes der Stadt Berlin waren die Preise für Brennholz, Sauerkraut und Weißkohl 384 bezw. 346 und 300 Prozent höher als im Jahre 1913. Eine Steigerung von 240—296,3 Prozent weisen immer noch Kabeljau, Eier, Marmelade, Harzerkäse und Speck auf. Erbsen, Wirsingkohl, Schellfisch, Zucker und Kaffee sind gerade noch doppelt so teuer als vor dem Kriege. Eine Uebersetzung der Preise von 150—186 Proz. behaupten Steinkohlen, Butter, Gas, Schweinefleisch, Gaskoks, Kalbfleisch und Vollmilch. Eine Preissteigerung von 120—149,2 Prozent ist festzustellen für Schweineschmalz, Petroleum, Kartoffeln, Roggenbrot, Hamelfleisch, Rindfleisch, Salzheringe, Mohrrüben, Speisebohnen und Briketts. Der Preis für Weizengries liegt 113, für Roggenmehl 112½, für Reis 112, für elektrisches Licht 105 und für Haferflocken 104 Prozent über dem Friedensstand. Weizenmehl und Margarine sind gerade so teuer wie im Frieden, während Nudeln für 87,5 Prozent zu haben sind und die Miete nur 20 Prozent gegen die Vorkriegszeit ausmacht.

SPD. Das **Meßamt Breslau** wird im Mai ds. Js. in Verbindung mit der Technischen Hochschule und industriellen Verbänden eine umfassende betriebstechnische Ausstellung eröffnen. Ihr Ziel ist Vorführung von Arbeitsmethoden und technischen Verbesserungen auf allen industriellen Gebieten, welche die Hebung der Warengüte, der Leistungsfähigkeit und der Betriebssicherheit sowie die Senkung der Erzeugerpreise ermöglichen. Auskunft erteilt das Meßamt Breslau, Elisabethstraße 6.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 26. Januar. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Das Geschäft verlief heute mit Wochenende sehr ruhig, von Umsätzen wurde kaum etwas bekannt. Die Cifforderungen für Auslandsgerste lauten höher. (Preise in Rentenmark per 1000 Kilo): Weizen 156—160, Roggen 134—138, Hafer 110—118, Wintergerste 152—156, Sommergerste 160—168, ausländische Gerste 180—164; Mais 169—174 frei Kaiwaggon. Oelkuchen Tendenz stetiger, Preise unverändert.

Heu und Stroh. Hamburg, 26. Januar. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Wiesenheu, lose auf 1,70 Mk., do. gepreßt auf 2,70 Mk.; Getreidestroh, gebündelt auf 0,80 Mk., do. gepreßt 1,— Mk.; alles in Zentner in Rentenmark frei Waggon inländischer Verladestation, exkl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

Futtermittel. Hamburg, 26. Januar. Mais loko in Rentenmark 8,25, Laplata-Mais, Juni-September, 7,85 Rentenmark, Reisfuttermehl (24proz.), Januar-März 1,40, Doll., Rapskuchen, Januar in holl. Gulden 7,45, Palmkuchen, Februar-März in holl. Gulden 7,65, Kokoskuchen, Februar-März, in holl. Gulden 10,60, Inlandsweizenkleie, loko, in Rentenmark 4,10. Tendenz stetig

Kohlen-Ihrke

11156) **Koks, Kohlen, Briketts, Holz.**

Geibelplatz, Telephon 3605, 3606, 3607.

Amtlicher Teil

Versammlung der Bürgerschaft

Montag, d. 4. Februar 1924, abends 6 Uhr.

(11183) **Der Wortführer: G. Ehlers.**

Straßenkehrrichtdünger wird jetzt ausschließlich vom Tiefbauamt abgegeben. Dungbestellungen sind rechtzeitig beim Geschirrschuppen der Straßenreinigung, Wakenitzmauer bei der Fleischhauerstraße, anzumelden. (11174

Tiefbauamt.

Forstrevier Ritzerau. Bezirk Ritzerau.

Holzverkauf

am **Dienstag, den 5. Februar d. Js.,** von vormittags 10 Uhr ab in der Gastwirtschaft von **Püst, Nusse,** aus den Forstorten, Manau, Peperland, Hohenholz, Gördelin, Langenstücken, Grünrade, Steinbruch, Mannhagen, Sieggrün, Fuchsberg, Schmiedebusch, Steinbalken, Birkenbusch, Gerkenberg und Gr. Silkendorf bei freier Konkurrenz: (11168

216½ rm	Eichen-Kluft u. -Knüppel	Nr. 1—586
1296 „	Buchen „ „	
115½ „	Eschen „ „	
34 „	Weichholz-Knüppel	

Ritzerau, im Januar 1924. **Der Oberförster.**

Eisbrechgebühren.

Die auf Grund der Bekanntmachung vom 21. d. M. zu entrichtenden Eisbrechgebühren werden vom 29. Januar d. J. nicht mehr erhoben.

Lübeck, den 28. Januar 1924. (11211

Die Senatskommission für Handel und Schiffahrt.

Forstrevier Israelsdorf.

Holzverkauf

am Freitag, den 1. Februar ds. Js. im **Lindenhof zu Israelsdorf.**

1) **Bezirk Alt-Lauerhof,** ab 9,30 vorm. Forstorte: Regel und Hufe. (Holz Nr. 1—39, 936—1087). 420 St. Fichten-Stangen I.—IV. Kl.; 148 rm Nadelholz Kluft und Knüppel; 27 Hfn. Nadelholz Stangenbusch; 1 Hfn. Nadelholz Stangen = 4 rm; 5 Hfn. Laubholz Busch; 96 rm Nadelholz Rollen, 1 m, 2 m und 2,40 m lang.

2) **Bezirk Wesloe,** ab 2,30 Uhr nachm. Forstorte: Fuchsberg, Wesloer Moor, Frankenland u. Schwertn. (Holz Nr. 2431—2633). 22 rm Hartholz Kluft u. Knüppel; 14 rm Erlen Rollen, 2 m lang, 132 rm Birken und Erlen Kluft und Knüppel; 13 rm Fichten Rollen, 1 und 2 m lang; 5 rm Fichten Pfähle, 2 m lang; 17 rm Fichten Kluft u. Knüppel; **185 Haufen Laubholz Busch.**

Listen werden nicht ausgegeben. Auskunft erteilen die Dienststellen zu Alt-Lauerhof u. Wesloe.

Waldhusen, im Januar 1924.

11194) **Der Revierförster.**

Forstrevier Ritzerau. Bezirk Ritzerau.

Holzverkauf

am **Montag, den 4. Februar 1924,** von vormittags 10 Uhr ab in der Gastwirtschaft von **Scheel, Ritzerau,** aus den Forstorten Manau, Dachsberg, Peperland, Hohenholz, Gördelin, Langenstücken, Grunrade, Steinbruch, Mannhagen, Fuchsberg, Steinbalken, Schaarsack, Birkenbusch und Gerkenberg:

bei beschränkter Konkurrenz nur für die Lübeckischen Gemeinden (11167

206 Haufen Eichen-, Buchen-, und Weichholz-Busch,	Nr. 1—235.
bei freier Konkurrenz: 39 rm Eichen-Pfähle, 1,80 und 2 m lang	

Ritzerau, im Januar 1924. **Der Oberförster.**

Steckbrief

v. 14. 10. 22. gegen den Kaufmann Willi **Sander,** geb. am 21. 2. 1885 in Berlin, ist erledigt.

Die Staatsanwaltschaft. Lienau, Dr.

Lübeck, 22. 1. 1924. (11208)

Herrenfahrrad zu verk. **Schlutup,** Brehmerstr. 25

Nichtamtlicher Teil

Leeres Zimmer

gesucht. Ang. mit Preis u. C 622 a. d. Exp. (11198

Zu verk. eine Tritt-Nähmaschine. (11154 Dornestr. 5 part.

D.-Maskenkost zu verm. v. 2 M an. **Blumenstr. 18, I.**

Heute morgen starb nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, meiner Kinder treusorgender Vater, unser guter Bruder, und Schwager

Wilhelm Steen,

im 48. Lebensjahr.

Tiefbetrauert und schmerzlich vermißt von allen Angehörigen.

Wilhelmine Steen, geb. Fichter **und Kinder.**

Engelsgrube 70 I. Lübeck, 26. 1. 24.

Beerdigung Mittwoch, 30. Jan., 4 Uhr nachm. Kapelle Vorwerk. (11213

Für die innige Teilnahme u. reichen Kranzspenden beim Heimgange meiner l. Frau, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Hauptpast. Mildenstein meinen herzl. Dank.

11169) **Carl Sager.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Distrikt Schlutup

Nachruf!

Am 25. 1. 24 starb unser Kollege

Wilhelm Rocksien,

Ehre seinem Andenken! (11202

Beerd. Mittwoch, 30. 1. 24, nachm. 1 Uhr v. d. Kapelle.

Die Kollegen versammeln sich 12½ Uhr b. Saborowski.

Die Distriktsleitg.

Trichter-Grammophon m. Platten z. verk. (11182 Glandorpstr. 1 II.

Zu kaufen gesucht kleiner eiserner Herd. (11161 An der Mauer 20 I.

500 Mark gesucht als 1. Hypothek in Siedlungshaus. Angeb. u. C 626 a. d. Exped. (11165

Bürgerschaftswahl.

Für die am 10. Februar 1924 abzuhaltende Bürgerschaftswahl sind die nachstehenden sechs, sämtlich den Anforderungen des Art. 19 der Verfassung und des § 6 des Bürgerschaftswahlgesetzes vom 5. Dezember 1923 entsprechenden Wahlvorschläge eingereicht:

Wahlvorschlag Nr. 1,
unterzeichnet an erster Stelle von Egon Nickel:

1. Roß, Karl, Schlosser.
2. Grewe, Lina, Hausfrau.
3. Klann, Erich, Gewerkschaftsangestellter.
4. Nickel, Egon, Schlosser.
5. Heilborn, Ismar, Angestellter.
6. Rosengart, Rudolf, Arbeiter, Schlutup.
7. Schmidt, Heinrich, Arbeiter.
8. Wundt, Heinrich, Mechaniker.
9. Windisch, Albin, Bürogehilfe.
10. Bartsch, Paul, Tischler.
11. Schlanert, Karl, Schiffszimmerer.
12. Hermann, Karl, Kleinhändler.
13. Peters, Karl, Maschinist.
14. Vielhaber, Marie, Hausfrau.
15. Hars, Dorothea, Hausfrau.
16. Steffin, Ernst, Arbeiter.
17. Burmeister, Karl, Schiffszimmerer.
18. Kruschinski, Wilhelm, Arbeiter.
19. Drews, Paul, Maschinenschlosser.
20. Ahrens, Adolf, Maurer.
21. Voß, Ernst, Tischler.
22. Puchmüller, Ernst, Eisenbahnarbeiter.
23. Dürkop, Karl, Maschinenschlosser.
24. Schmidt, Rosalie, Hausfrau.
25. Stüve, Ludwig, Schlachter.
26. Riechert, Johannes, Nieter, Vorwerk.
27. Ackermann, Anna, Hausfrau.
28. Frank, Georg, sen. Seemann.
29. Eickhof, Friedrich, Arbeiter.
30. Sternal, Wilhelm, Former.
31. Pogalski, Anton, Schmied.
32. Grußendorf, Friedrich, Schmied.
33. Evers, Karl, Arbeiter.
34. Körner, Katharina, Hausfrau, Kücknitz.
35. Peter, Willy, Dreher.
36. Freiburg, Hermann, Arbeiter.
37. Jost, Hermann, Maschinenschlosser.
38. Büntgen, Johann, Maschinenschlosser.
39. Blohm, Gustav, Schlosser.
40. Mellahn, Wilhelm, Arbeiter, Schlutup.
41. Meyer, Anna, Hausfrau.

Wahlvorschlag Nr. 2.
unterzeichnet an erster Stelle von Alfred Weiß:

1. Ehlers, Gustav, Angestellter.
2. Haut, August, Handelskontrolleur.
3. Dreger, Alfred, Gewerkschaftssekretär.
4. Buls, Heinrich, Bäcker.
5. Löwigt, Adolf, Gewerkschaftsbeamter.
6. Wolfradt, Hermann, Parteisekretär.
7. Leber, Julius, Dr. rer. pol., Schriftleiter.
8. Möller, Karl, Hafenarbeiter.
9. Thies, Christian, Oekonom.
10. Mengel, Helene, Hausfrau.
11. Bruns, Wilhelm, Schneider.
12. Nehlsen, Emma, Hausfrau.
13. Kasbohm, Walter, Schlosser.
14. Piech, Wilhelm, Dr. phil., Direktor der Stadtbibliothek.
15. Kleinfeldt, Adolf, Gewerkschaftsbeamter.
16. Knapp, Emil, Former.
17. Reisberger, Georg, Kassenangestellter.
18. Hagelstein, Hans, Assistent, Travemünde.
19. Passarge, Otto, Maurer.
20. Zander, Arnold, Mittelschullehrer.
21. Steinberg, Heinrich, Geschäftsführer.
22. Haun, Oskar, Dr. jur., Rechtsanwalt.
23. Mainz, Josef, Gewerkschaftsbeamter.
24. Weiß, Alfred, Parteisekretär.
25. Frost, Ernst, Postbeamter.
26. Reppenhagen, Albert, Lagerhalter, Moisling.
27. Merretig, Johannes, Gewerkschaftsbeamter.
28. Brehmer, Hermann, Rechtsanwalt.
29. Süfke, Emil, Maschinist, Kücknitz.
30. Harms, Johannes, Arbeiter, Schlutup.
31. Fresemann, Henny, Angestellte.
32. Heuer, Ernst, Lehrer, Moorgarten.
33. Köster, Gustav, Arbeiter, Vorwerk.
34. Göhr, Richard, Sekretär.
35. Schröder, Peter, Werkmeister.
36. Schnedemann, Karl, Angestellter.
37. Giewald, Max, Maschinist.
38. Denker, Johannes, Baukontrolleur.
39. Fischer, Robert, Bürogehilfe.
40. Warnke, Adolf, Gewerkschaftsbeamter.
41. Werner, Fritz, Maurer.
42. Franck, Heinrich, Tischler.
43. Olbrich, Wilhelm, Tischler.
44. Wegner, Wilhelm, Schmied.
45. Schmalfeldt, Paul, Schmied.
46. Sollow, Otto, Schlosser.
47. Tetz, Karl, Werkmeister.
48. Bulck, Friedrich, Gewerkschaftsbeamter.
49. Zimmermann, Severin, Buchbinder.
50. Nuppnau, Heinrich, Geschäftsführer.
51. Schnoor, Ludwig, Angestellter, Schönböken.
52. Kaving, Ella, Hausfrau.
53. Sohnrey, Johann, Staatsarbeiter.
54. Litzendorf, Heinrich, Maurer, Travemünde.
55. Kaving, Georg, Angestellter.
56. Quade, Johannes, Schleifer.
57. Nagke, Friedrich, Schneider.
58. Steen, Fritz, Maurer.
59. Lembke, Ludwig, Zimmermann.
60. Lange, Johannes, Oberzollsekretär.
61. Ostermeier, Ferdinand, Arbeiter.
62. Heitmann, Wilhelm, Schlosser.
63. Blöß, Gustav, Arbeiter.
64. Köpke, Anni, Angestellte.
65. Wulff, Gustav, Hafenarbeiter.
66. Krefft, Robert, Arbeiter, Moisling.
67. Nupenau, Friedrich, Maurer, Russe.
68. Lüth, Karl, Tischler.
69. Utesch, Ludwig, Schlosser.
70. Busch, Johannes, Arbeiter, Kuvau.
71. Lehmkuhl, Franz, Oberweichensteller.
72. Krogmann, Max, Schlosser.
73. Beckmann, Wilhelm, Lagerhalter.
74. Rave, Claus, Hafenarbeiter.
75. Jacobi, Fritz, Angestellter.
76. Pries, Heinrich, Töpfer.
77. Hähnke, Otto, Arbeiter.
78. Kipke, Heinrich, Arbeiter, Sierksrade.
79. Jürs, Ferdinand, Straßenreiniger.
80. Dietz, Karl, Maurer, Kronsforde.

Wahlvorschlag Nr. 3.
unterzeichnet an erster Stelle von Karl Diterich:

1. Dinter, Alfred, Baumeister.
2. Dietrich, Karl, Oberpostsekretär.
3. Hefti, Johannes, Kaufmann.
4. Schlosser, Max, Malermeister.
5. Geister, Paul, Dr. jur. et phil., Rechtsanwalt.
6. Hartz, Detlev, Tischler.
7. Pederzani, Alois, Gastwirt.
8. Gäde, Christian, Kolonialwaren-Einzelhändler.
9. Westphal, Ernst, Stellmachermeister, Travemünde.
10. Rickmann, Karl, Zollsekretär.
11. Ahrend, Heinrich, Schlachtermeister, Schlutup.
12. Diercks, Ludwig, Buchhalter.
13. Quitzau, Rudolf, Bauunternehmer.
14. Töpke, Hermann, Ober-Kriminalwachtmeister.
15. Krauthammel, Hans, Kanzlei-Assistent.
16. Rennecke, Elisabeth, Ehefrau.
17. Kock, Wilhelm, Kaufmann.
18. Schwang, Karl, Kanzleisekretär.
19. Böckenhauer, Rudolf, Tischlermeister.
20. Nehlsen, Martin, Markthallenhändler.
21. Wismar, Karl, Schlosser-Obermeister.
22. Ehmcke, Heinrich, Gärtner.
23. Oderich, Wilhelm, Schornsteinfegermeister.
24. Behrens, Wilhelm, Architekt.
25. Westfehling, Willi, Uhrmacher.
26. Carlebach, Simson, Bankier.
27. Jörn, Joachim, Schneider.
28. Roggenkamp, Gustav, Malermeister.
29. Steffens, Johanes, Tischlermeister.
30. Lenschow, Wilhelm, Eisenbahnsekretär.
31. Butzphal, Richard, Schriftsetzer.
32. Kamphausen, Willi, Telegraphenmeister.
33. Kreutzfeld, Wilhelm, Zimmermeister.
34. Meincke, Magdalene, Ehefrau.
35. Roloff, Paul, Polizei-Oberwachtmeister.
36. Wriedt, Karl, Malermeister.
37. Teckenburg, Karl, Zimmermeister.
38. Wilcken, Friedrich, Kanzlist.
40. Klüßmann, Adolf, Buchhalter.
41. Schultz, Heinrich, Steuerbeamter.
42. Falkenhagen, Paul, Schneidermeister.
43. Buchholz, Karl, Kaufmann.
44. Krull, August, Maurermeister.
45. Bohn, Arthur, Kaufmann.
46. Milatz, Karl, Töpfermeister.
47. Schubert, Wilhelm, Klempnermeister.
48. Wigger, Johannes, Kaufmann.
49. Schlichting, Karl, Dachdeckermeister.
50. Timmermann, Jakob, Privatmann.
51. Dresen, Wilhelm, Kaufmann.
52. Kollien, Emil, Postassistent.
53. Zander, Gustav, Krankenkassen-Verwalter.
54. Exter, Heinrich, Malermeister.
55. Schulz, Heinrich, Kriminal-Hauptwachtmeister.
56. Hiebsch, Max, Dachdeckermeister.
57. Szperalski, Louis, Zimmermeister.
58. Timm, Johannes, Zigarrenhändler.
59. Dehn, Karl, Eisenbahn-Betriebssekretär.
60. Schlichting, Heinrich, Dreher.
61. Struck, Heinrich, Schornsteinfegermeister.
62. Tallich, Wilhelm, Finanzbeamter.
63. Fülkell, Otto, Dachdeckermeister.
64. Hartz, Georg, Klempnermeister.
65. Jürs, Elise, Hausfrau.
66. Kammann, Emil, Werkmeister.
67. Seltz, Johannes, Tischlermeister.
68. Joost, Karl, Schlachtermeister.
69. Kibbel, Rudolf, Bauunternehmer.
70. Scheither, Heinrich, Malermeister.
71. Klüssendorf, Wilhelm, Gastwirt.
72. Laufer, Friedrich, Fahrradhändler.
73. Eggers, Friedrich, Tapezier.
74. Lappenien, Friedrich, jun., Architekt.
75. Schumann, Ernst, Zimmermann.
76. Spiering, Friedrich, Bauunternehmer.
77. Probst, Ferdinand, Bäckermeister.
78. Schröder, Willi, Obersekretär.
79. Thomsen, Friedrich, Krämer.
80. Ewert, Karl, Polizeiwachtmeister.

Wahlvorschlag Nr. 4,
unterzeichnet an erster Stelle von Julius Klein:

1. Eckholdt, Heinrich, Kaufmann.
2. Görtz, Heinrich, Dr. jur., Rechtsanwalt.
3. Wandke, Hermann, Maurermeister.
4. Richelsen, Magda, Lehrerin.
5. Eschenburg, Hermann, Präses der Handelskammer.
6. Heinrich, Max, Verwaltungsobersekretär.
7. Neumark, Moritz, Dr. phil. et ing., Generaldirektor.
8. Böcken, Hermann, Vorarbeiter.
9. Heickendorff, Heinrich, Kaufmann.
10. Grube, Alwin, Mittelschullehrer.
11. Neufeldt, Fritz, Oberbaurat.
12. Boie, Ernst, Kaufmann.
13. Burwick, Heinrich, Malermeister.
14. Lüth, Fritz, Arbeiter.
15. Bock, Helene, Kaufmann.
16. Schulmerich, Wilhelm, Rektor.
17. Heinberg, Meier, Agent.
18. Hinz, Hans, Handlungsgehilfe.
19. Steffen, Johannes, Dr. phil., Professor.
20. Mohr, August, Kaufmann.
21. Brandt, Wilhelm, Dachdeckermeister, Dissau.
22. Peters, Heinrich, Lehrer, Travemünde.
23. Freund, Friedrich, Bankprokurist.
24. Titel, Auguste, Hausfrau.
25. Schlichting, Heinrich, Reisender.

Wahlvorschlag Nr. 5,
unterzeichnet an erster Stelle von Oberstudiendirektor Dr. Stodte:

1. Thiel, Heinrich, Fabrikdirektor.
2. Schwertfeger, Eduard, Kaufmann.
3. Ziesenitz, Kurt, Pastor, Kücknitz.
4. Eschenburg, Wilhelm D. E., Kaufmann.
5. Ewers, Hans, Rechtsanwalt.
6. Heinsohn, Karl, Obermeister der Malerinnung.
7. Henk, Fritz, Landwirt.
8. Rosenquist, Heinrich, Tischlermeister.
9. Vorkamp, Hermann, Kaufmann.
10. Grabner, Georg, Beschauamts-Assistent.
11. Boll, Wilhem, Angestellter.
12. Keibel, Rudolf, Dr. phil., Syndikus.
13. Lewe, Walther, Gewerkschaftssekretär.
14. Koltze, Marie, Frl., Lehrerin.
15. Leichtweiß, Ludwig, Wasserbaudirektor.
16. Schetelig, Max, Gärtnereibesitzer.
17. Siering, Karl, Dr. med., Arzt.
18. Kühl, Christian, Pastor i. R.
19. Breinig, Egon, Prof., Studienrat.
20. Stolterfoth, Hermann G., Kaufmann.
21. Bauer, Heinrich, Dr. phil., Schriftsteller.
22. Fickeler, Max, Beamter der L. M. G.
23. Ehrich, Hans, Apothekenbesitzer.
24. Roschke, Adolf, Hausmeister.
25. Hempel, Johanna, Frau, Ehefrau.
26. Brandt, Siegfried, Einkäufer, Kücknitz.
27. Brügmann, Karl, Gastwirt, Travemünde.
28. Steffen, Johann, Fischindustrieller, Schlutup.
29. Dühring, Bruno, Lehrer.
30. Keil, Oskar, Schlachtermeister.
31. Cuwie, Wilhelm, Dr. jur., Direktor.
32. Fabry, Hermann, Direktor.
33. Russe, Paul, Steueramtmann.
34. Hansen, Theodor, Dr. med., Facharzt.
35. Specht, Franz, Verwaltungs-Obersekretär.
36. Grube, Karl, Landwirt, Vorrade.
37. Junge, Johannes, Dampfbäckereibesitzer.
38. Siemers, Gustav, Angestellter.
39. Gebhard, Herman, Dr. jur., Amtsrichter.
40. Pautke, Johannes, Pastor.
41. Grube, Karl, Dr. phil., Prof., Oberstudienrat.
42. Karstedt, Lisa, Frau, Witwe.
43. Apelles, Heinrich, Bäckermeister.
44. Prilop, Hermann, Gastwirt.
45. Trabert, Georg, Landwirt, Nienhülsen.
46. Haense, Konrad, Töpfermeister.
47. Gehle, Heinrich, Landesversicherungs-Inspektor.
48. Vierstorff, Otto, Kaufmann.
49. Haisler, Walter, Schriftleiter.
50. Jacob, Adolph, Tapeziermeister.
51. Both, Hermann, Malermeister.
52. Brüggen, Heinrich, Mühlenbesitzer.
53. Schmidt, Karl, Landwirt, Wulfsdorf.
54. Neumann, Ernst, Eisenbahninspektor.
55. Schmidt, Georg, Buchdruckereibesitzer.
56. Görner, Karl, Maurermeister.
57. Christern, Fritz, Domänenpächter, Mönkhof.
58. Brehmer, Margarete, Frl., Rentnerin.
59. Becker, Heinrich, Kaufmann.
60. Hartwig, Oskar, Regierungs- und Baurat.
61. Helm, Friedrich, Apotheker.
62. Zippel, Heinrich, H., Dr. med., Arzt, Travemünde.
63. Cloß, Gotthold, Ingenieur.
64. Schrader, Heinrich, Landwirt, Teutendorf.
65. Zaeckel, Bertha, Frl., Rentnerin.

Wahlvorschlag Nr. 6,
unterzeichnet an erster Stelle von Otto Boland:

1. Fink, Georg, Dr. phil., Staatsarchivar.
2. Schlösser, Heinz, Gewerkschaftsführer.
3. Wittern, Ernst, Dr. jur., Rechtsanwalt und Notar.
4. von Arnim, Joachim, Kaufmann.
5. Krakow, Martin, Arbeiter.
6. Menges, Karl Kaufmann.
7. Blumberg, Christian, Verwaltungssekretär.
8. Währer, Georg Asmus, Dr. jur., Kaufmann.
9. von Cossel, Olga, Frau, Witwe.
10. Soltmann, Otto, Bureauhilfsarbeiter.
11. Anders, Erich, Kaufmann.
12. Lembke, Paul, Gerichtsobersekretär. (11164
13. Siebelts, Herbert, Eisenbahnsekretär.
14. Boland, Otto, Angestellter.
15. Sander, Karl, Dr. phil., Prof., Studienrat.
16. Schulz, Friedrich, Lithograph.
17. Dencker, Gustav, Kaufmann.
18. Rudolphy, Karl, Dr. med., Arzt.

Gustav Ehlers,
Wortführer der Bürgerschaft.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am 24. Jan. 1924 starb unser Kollege

J. Rickmann

Ehre (11193 seinem Andenken!

Beerdig. am Dienstag, d. 29. Jan., nachmittags 3 Uhr von d. Kapelle Vorwerker Friedhof.

Die Ortsverwaltung

Deutscher Werkmeister-Verband
Ortsverein Lübeck.

Nachruf.

Am Dienstag, den 22. d. Mts. starb nach langer, schwerer Krankheit unser Kollege, der Werkmeister Herr (11179

Felix Schirmacher

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenkenbewahren.

Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Ableben unseres lieben Entschlafenen und besonders für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Rennecke, Ratekau, sowie des Vereins „Freundschaft" und der Direktion und Belegschaft der Schwefelsäure- u. Superphosphat-Fabrik meinen herzlichsten Dank. (11203

Familie Kardel.
Seerotz, 28. 1. 24.

Legehühner 11200
jede Anzahl für hohen Preis zu kfn. ges. Ang. unt. **C 627** a. d. Exp.

Angefertigte Hausschuhe Gr. 39 u. 40, zu verkauf. Pr. 3.50. (11206
K. Schramm, Stitenstr. 6.

Briefmarkensamml. zu verk. (Altdeutschland u deutsche Kolonien) (11197
Engelswisch 33/11

Entlaufene braungetiger
Jagdhündin 11211
9 Monate alt, „Dina", geg. 10 Mk. Bel. abzug. **Oldorf**, Hügel. 50. T. 1251.

Ueber-nehme **Fuhren**
fahre auch Koks vom Hochofenwerk. (11209
Feldstr. 14, Mühlenter.

Ein Posten (11212
Rauchtabak!
garant. rein Uebersee, vorzügliche Qualität,
100% billiger!
das ganze Pfund
nur Mk. 1.50
solange Vorrat reicht.
Wiederverkäufer Rabatt!
Grundmann,
Schüsselbuden 32.

Mutterschaf zu verkaufen.
Siedlung Carlshof, Hofweg 5. (11190

Autoreifen verl.
Geg. Bel. abzg. (11207
Cafe Zillerthal.

Uhrenreparaturen
50% Ersparnis.
Saub. Arbeit, 1 Jahr schriftliche Garantie.
Herman Feil, Uhrmach.,
Wakenitzmauer 3a,
b. Burgtor (11158

Garn. Sofa, 2 Sessel sof. preisw. zu verkauf. Steinraderweg 26a p. r.

Wer bessert Wäsche aus? Ang. unter **C 621** an die Exp. d. Bl. (11155

Das gut erhaltene **Gastwirtschaftsinventar** im **„Konzerthaus Lübeck"** soll durch uns im Ganzen oder geteilt nach Wahl des Käufers freihändig bis Mittwoch oder am gleichen Tage, 10 Uhr meistbietend, ganz nach unserem Ermessen, gegen Barzahlung verkauft werden.

Es sind z. Z. noch vorhanden etwa **300 Eichen-Stühle**, 60 Tische, 600 eiserne Klapp-Gartenstühle, 30 eis. Klapp-Gartentische, mehrere Sofas, 2 große **Büfetts** u. **Tonbänke** mit Bierleitung u. Zapfhähnen, Leckbretter, Garderobenständer, 2 sehr große Wandspiegel, 10 Bettstellen, gutes Bettzeug, Waschtische, mehr. hundert Gläser, Seidel, Glas- u. Porzellansach., 1 Glas-Speisenkasten, u. v. a. m. Gastwirtschaften und Pensionshäuser, Speiseanstalten werden besonders aufmerksam gemacht. (11201

E. E. Koch u. Hans Koch. F. 2850.